



Polizeiinspektion
Heidekreis

2021

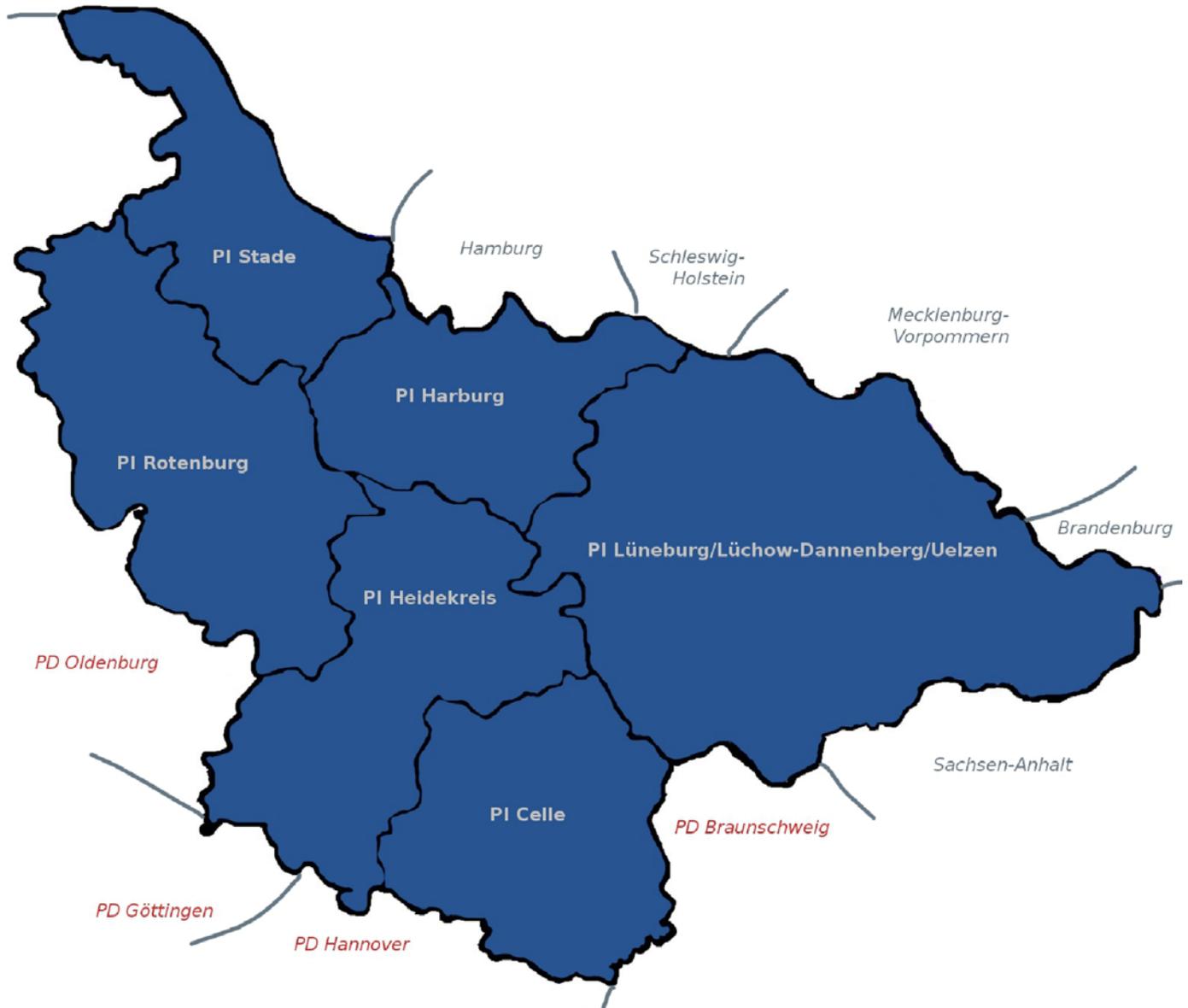
SICHERHEITSBERICHT



POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG



**POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG**



SICHERHEITSBERICHT

2021



VORWORT DES POLIZEIPRÄSIDENTEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Begrifflichkeiten Sicherheit und Polizei sind in unserer Gesellschaft eng miteinander verbunden. Aber was bedeutet Sicherheit eigentlich?

Obgleich Sicherheit gemäß anerkannter Politologen als „zentraler Wertebegriff demokratischer Gesellschaften“ (Endreß 2012) und „eine der wesentlichen Voraussetzungen aller Bereiche des öffentlichen Lebens“ (Petersen 2012) gilt, ist der Begriff nicht genau festgelegt. Als negative Abgrenzung lässt sich Sicherheit jedoch gewiss als Abwesenheit von existentiellen Bedrohungen und Gefahren für Einzelne sowie für Gesellschaften definieren.

Noch immer herrscht in Deutschland eine deutliche Diskrepanz zwischen der objektiven und der gefühlten Sicherheit. Die objektive Sicherheitslage ist so gut wie seit 40 Jahren nicht mehr. Die Anzahl der Straftaten sinkt und gleichzeitig werden mehr Tatverdächtige ermittelt als in den vergangenen Jahrzehnten. Und trotzdem fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger nicht sicher. Ein Faktor hierfür liegt u.a. in der Wahrnehmung von Nachrichten, in vielen Fällen mit der Folge einer überproportional gestiegenen Bereitschaft zur Übernahme populistischer Aussagen und des Strafbedürfnisses. Diesem beeinträchtigten Sicherheitsgefühl wollen wir als Polizei Lüneburg aktiv entgegenreten. Denn wer sich unsicher fühlt, der lebt nicht in Freiheit. Und Deutschland ist ein Land in dem man frei und sicher leben kann!

Am Ende ist „Sicherheit“ aber eine Frage der individuellen Betrachtung und stellt die Polizei sowie die moderne Gesellschaft immer wieder vor neue Herausforderungen. Eine sich ständig verändernde Gefahrenlage sowie die Zunahme der Komplexität und das Zusammenwirken von Bedrohungsfaktoren stellen weitreichende Anforderungen an eine moderne Polizei.

Neben dem gesetzlichen Auftrag der Verfolgung und Aufklärung von Straftaten, mit welchem die Organisation Polizei oft zunächst gedanklich verknüpft wird, formuliert das Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) auch einen klaren Auftrag zur Abwehr von Gefahren und Verhütung von Straftaten u.a. durch die Polizei. Und diesem Auftrag stellen wir uns gerne; in vielfältiger Weise, jeden Tag aufs Neue, rund um die Uhr.

Prävention ist nicht messbar – diese gern wiederholte These ist nicht von der Hand zu weisen, auch wenn sie so plakativ ausgesprochen nicht korrekt ist. Aber natürlich ist es einfacher eine Statistik über aufgeklärte Straftaten zu führen, als über Straftaten, die durch polizeiliche Intervention und Präsenz gar nicht erst stattgefunden haben. Oder über Gefahren, die bereits während ihrer Entstehung abgewendet werden konnten. Aber genau diese Arbeit aller Mitarbeitenden der Polizei ist eines der Fundamente für den Erhalt der Sicherheit und der Freiheit in unserem Land.

Auch in diesen schwierigen und turbulenten Zeiten einer Pandemie, die unsere gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen stellt, sind wir als Polizei für die Bürgerinnen und Bürger, oft an vorderster Front, im Einsatz.

Die Polizeidirektion Lüneburg hat mit Beginn des Pandemiegeschehens einen Plan mit diversen Hygiene- und Schutzmaßnahmen aufgestellt, welcher in allen Dienstbereichen umgesetzt wird. Dieser Pandemieplan wird unter Berücksichtigung des aktuellen Infektionsgeschehens ständig aktualisiert und angepasst. Die Einsatzfähigkeit der Polizei und somit die Sicherheit der Bevölkerung innerhalb der Polizeidirektion Lüneburg ist auch in Zeiten der Pandemie gewährleistet!

In diesem ersten Sicherheitsbericht möchten wir Ihnen neben der Darstellung von ausgewählten Kennzahlen und polizeilichen Ermittlungen, die weitere Bandbreite unserer Aufgaben und Maßnahmen sowie einzelne Organisationseinheiten etc. vorstellen. Denn Transparenz schafft Vertrauen. Und Vertrauen in die Ordnungsbehörden ist eine Grundvoraussetzung für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Die Region der Polizeidirektion Lüneburg war noch nie so sicher wie heute!

Ich wünsche Ihnen nun viel Freude mit unserem Bericht und verbleibe mit freundlichen Grüßen,

Ihr Thomas Ring





INHALT

Polizeidirektion Lüneburg

Organisation.

Die Organisation im Überblick	Seite 7
Die Polizeidirektion Lüneburg in Zahlen	Seite 9
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 13
Nachwuchsgewinnung in der Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 17

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 24
Rolle der Polizei im Strafverfahren	Seite 29
Für Demokratie und Toleranz	Seite 36

Prävention

Die Präventionsspuppenbühne der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 39
--	----------

Führungs- und Einsatzmittel

Führungs- und Einsatzmittel in der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 49
---	----------

Einsatz

Verkehrsunfallstatistik für die Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 51
Regionale Kontrollgruppe der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 54
Der Fernfahrerstammtisch der Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 58
Kooperative Leitstelle Lüneburg.....	Seite 60
Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte.....	Seite 62

Polizeiinspektion Heidekreis

Vorwort des Inspektionsleiters.....	Seite 5
-------------------------------------	---------

Organisation.

Die Dienststellen der Polizeiinspektion Heidekreis	Seite 10
Die Polizeiinspektion Heidekreis auf einen Blick...	Seite 12
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeiinspektion Heidekreis	Seite 15
Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Heidekreis	Seite 20

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik der Polizeiinspektion Heidekreis	Seite 27
Modernes Zentrallabor in der Heide	Seite 32

Prävention

Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Heidekreis	Seite 41
---	----------

Einsatz

Verkehrsunfallstatistik für die Polizeiinspektion Heidekreis.....	Seite 52
Police-Pilot-System (PPS).....	Seite 56
Projekt „Räderwerk“	Seite 64

VORWORT DES INSPEKTIONSLEITERS

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

ich freue mich sehr darüber, Sie in dieser Broschüre begrüßen zu dürfen. Mein Name ist Stefan Sengel. Ich bin 57 Jahre alt, verheiratet und habe zwei erwachsene Kinder. Seit 2012 leite ich die Polizeiinspektion Heidekreis mit ihren rund 350 Kolleginnen und Kollegen.

Erstmalig legen wir in Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Lüneburg in dieser Form einen Sicherheitsbericht der Öffentlichkeit vor. Sie lernen IHRE Polizei dadurch nochmal ein Stück näher kennen und verstehen. Regelmäßig wiederkehrend – beginnend im Jahr 2022 – geben wir einen Überblick über das vergangene Jahr: Was uns besonders beschäftigt, was Sie vielleicht schon immer wissen wollten, wie wir strukturiert sind, und gewähren dabei Einblicke in den Alltag der Polizei im Heidekreis.

Natürlich war auch für uns das Jahr 2021 durch das Corona-Virus geprägt. Insbesondere galt es dafür Sorge zu tragen, dass wir als Polizei für Sie arbeitsfähig bleiben. Bis hierhin ist das sehr gut gelungen, was sicherlich – neben einer vorausschauenden Strategie – vornehmlich auch der Disziplin meiner Kolleginnen und Kollegen zuzurechnen ist. Wenn Sie sich also nun mit den nachfolgenden Seiten intensiv beschäftigen, so bedenken Sie, dass das Virus unsere Arbeit in Teilen maßgeblich beeinflusste und deshalb Zahlen, Daten, Fakten aus 2021 einem Vergleich mit den Vorjahren häufig nicht Stand halten. Gleichwohl bin ich der festen Überzeugung, dass das menschliche Grundbedürfnis an Sicherheit bedient wurde: Sowohl objektiv in Form der Aufklärungsquote, als auch subjektiv, wobei ich dabei insbesondere an das Sicherheitsgefühl denke. Unsere Aufklärungsquote ist gleichbleibend hoch und durch „Räderwerk“ konnte viel für das Sicherheitsgefühl erreicht werden.

Wir stehen am Anfang eines neuen Jahrzehnts, das allein in der Entwicklung neuer Technik und Kommunikationsmöglichkeiten scheinbar endlos Möglichkeiten parat hält. „Räderwerk“, ein modernes Zentrallabor und Social Media in Form von Twitter und Instagram sind mittlerweile etabliert, erfahren eine hohe Wertschätzung und gehören zur täglichen Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen dazu. Gute Beispiele, die zeigen, wie Polizei Neues kreiert und sich damit an neue Phänomene und Arbeitsformen anpasst, sie ausbaut und perfektioniert.

Die Situation der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass neuere Formen der Kommunikation mehr Zuspruch erhielten und in den Vordergrund rückten: Digitale Fortbildungen, mobiles Arbeiten und Konferenzen via internetbasierender Dienste sind da nur drei Beispiele. Hier gilt es anzuknüpfen, Bestehendes zu erhalten oder auszubauen und neue Möglichkeiten zu nutzen.

Mit dieser ersten Auflage des Sicherheitsberichts möchten wir Ihnen die Zuversicht geben, dass Sie im Landkreis Heidekreis sicher leben können. Dafür setzen wir uns bürgernah mit aller Kraft ein.

Herzlichst

Ihr



Stefan Sengel

Leiter der Polizeiinspektion Heidekreis





ORGANISATION

DIE ORGANISATION IM ÜBERBLICK

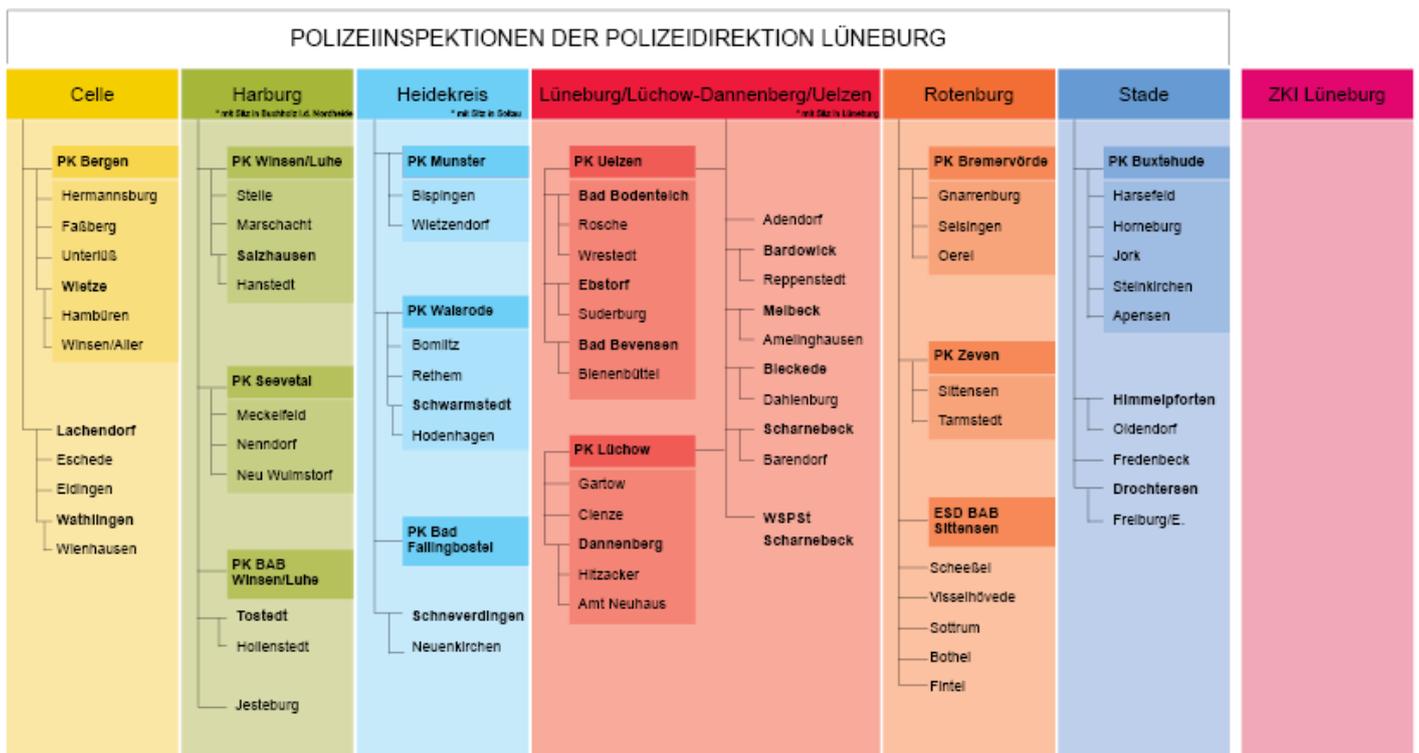
Die Polizeidirektion Lüneburg erstreckt sich flächenmäßig über die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/ Lüchow-Dannenberg/ Uelzen, Rotenburg (Wümme) und Stade. Ihr sind sechs Polizeiinspektionen sowie eine Zentrale Kriminalinspektion zugeordnet.

Die Polizeidirektion (PD) Lüneburg stellt als Behörde das Bindeglied zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport sowie den vor Ort arbeitenden Polizeiinspektionen dar. Der Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg umfasst dabei die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Stade und Uelzen. Das Gebiet erstreckt sich über eine Fläche von ca. 12.040 km². Hier leben insgesamt ca. 1,28 Millionen Bürgerinnen und Bürger, deren Sicherheit unsere oberste Priorität ist.

Um dieser Anforderung gerecht zu werden, sind der PD Lüneburg die sechs Polizeiinspektionen Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen, Rotenburg und Stade – mit insgesamt 12 Polizeikommissariaten und 70 Polizeistationen – sowie die Zentrale Kriminalinspektion Lüneburg nachgeordnet. Im gesamten Zuständigkeitsbereich sind verteilt auf 92 Polizeidienststellen derzeit insgesamt 2.985 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Sie im Einsatz. An 23 Standorten wird dieser Dienst sogar rund um die Uhr geleistet.

Die Mitarbeiterschaft besteht dabei überwiegend aus Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, aber auch viele Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Tarifbeschäftigte sind unverzichtbar für unsere Organisation und ihre Aufgaben. Die Verteilung der Planstellen – und damit der Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeiter auf die unterschiedlichen Dienststellen – richtet sich nach strukturellen Grundlagen, örtlichen Besonderheiten sowie Kriterien im Hinblick auf die Einsatzbelastung.

Die Polizeiinspektionen und ihre nachgeordneten Dienststellen gewährleisten hauptsächlich durch die jeweils eingerichteten Einsatz- und Streifendienste sowie die Kriminal- und Ermittlungsdienste die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Prävention, Verkehr und Kriminalitätsbekämpfung vor Ort. Die Zentrale Kriminalinspektion nimmt im gesamten Gebiet der Polizeidirektion die Aufgaben der bereichsübergreifenden Bekämpfung spezieller Kriminalitätsphänomene wahr, z.B. im Bereich der Organisierten Kriminalität.



Organigramm: Die Polizeidirektion Lüneburg



Die PD Lüneburg ist als übergeordnete Behörde für die strategisch-organisatorische Gesamtführung verantwortlich. Hier werden Grundsatzentscheidungen getroffen, Servicedienstleistungen für die nachgeordneten Dienststellen koordiniert und erbracht sowie zentrale Aufgaben z. B. in den Bereichen Personal, Führungs- und Einsatzmittel sowie Finanzen wahrgenommen. Die Polizeidirektion setzt die Vorgaben des Landespolizeipräsidiums im Nds. Ministerium für Inneres und Sport in der Fläche um und sorgt für eine einheitliche Anwendung.

Die Leitung der PD Lüneburg obliegt dem Polizeipräsidenten Thomas Ring. Unterstützt wird er dabei durch den Polizeivizepräsidenten Hans-Jürgen Felgentreu und die Abteilungsleiterin 2 Inga Ritters-Timm.

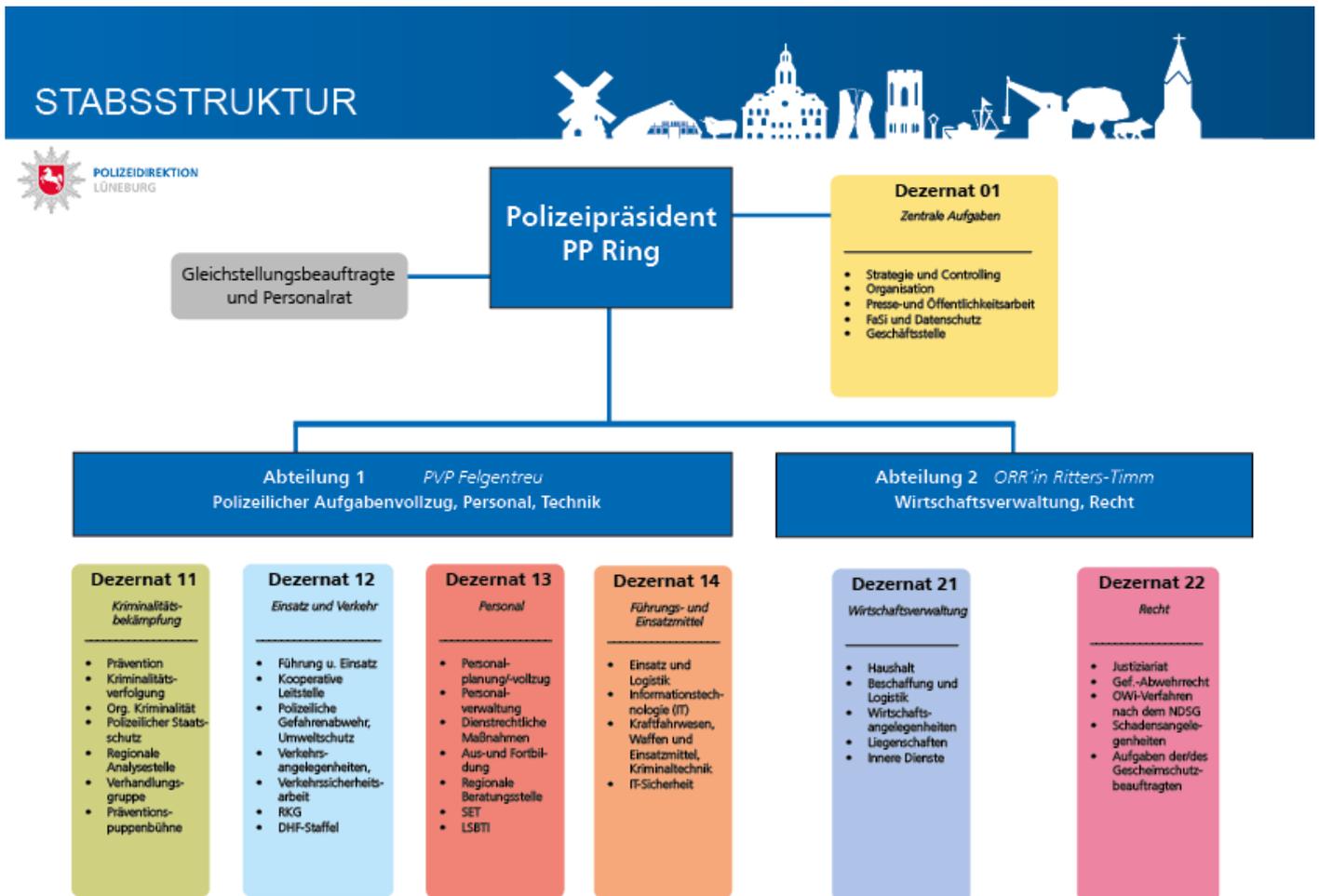
Direkt an den Polizeipräsidenten angegliedert sind das Dezernat für Zentrale Aufgaben sowie die Personalvertretungen

und die Beauftragten für spezielle Themenbereiche (z. B. Datenschutz und Arbeitsschutz).

Die PD Lüneburg ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Wesentlichen in zwei Abteilungen untergliedert: die für polizeifachliche Aufgaben zuständige Abteilung 1, geleitet durch Herrn Felgentreu und die für verwaltungsfachliche Aufgaben zuständige Abteilung 2, geleitet durch Frau Ritters-Timm.

Innerhalb der Abteilung 1 werden durch vier Fachdezernate die Themengebiete Kriminalitätsbekämpfung, Einsatz und Verkehr, Personal sowie Führungs- und Einsatzmittel bearbeitet. In der Abteilung 2 sind zwei weitere Fachdezernate für die Bereiche Wirtschaftsverwaltung und Recht eingerichtet.

Auf den nachfolgenden Seiten erhalten Sie Gelegenheit, sich einen genaueren Einblick in die einzelnen Organisationsbereiche und deren Aufgabenspektrum zu verschaffen.



DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG IN ZAHLEN

1.277.701

Einwohnerinnen und Einwohner

12.040 km²

Fläche

2.985

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

40,2% = 1.201 weiblich

59,8% = 1.784 männlich

32.828

Verkehrsunfälle

69.986

bearbeitete
Strafanzeigen

465

Verwaltungstätige

→ = 414
Beschäftigte

→ = 51
Beamtinnen und Beamte

2.520

Vollzugsbeamtinnen und -beamte

198.142

Notrufe

- 1 Polizeidirektion
- + 6 Polizeiinspektionen
- + 1 Zentrale Kriminalinspektion
- + 12 Polizeikommissariate
- + 70 Polizeistationen
- + 1 Einsatz- und Streifendienst (BAB Sittensen)
- + 1 Wasserschutzpolizeistation

= 92

Standorte



DIE DIENSTSTELLEN DER POLIZEIINSPEKTION HEIDEKREIS

Erreichbarkeit der Dienststellen im Gebiet der Polizeiinspektion Heidekreis:

● Polizeistation Neuenkirchen

Am Kleinbahnhof 8
29643 Neuenkirchen
Tel: 05195 / 93397-0

● Polizeistation Schneverdingen

Verdener Str. 32
29640 Schneverdingen
Tel: 05193 / 98250-0

● Polizeiinspektion Heidekreis

Böhmheide 37 – 41
29614 Soltau
Tel.: 05191/9380-0
poststelle@pi-hk.polizei.niedersachsen.de

● Zentraler Kriminaldienst der PI Heidekreis

Widukindstraße 2
29614 Soltau
Tel.: 05191/9380-0



Zentraler Krimnaldienst

● Polizeistation Bomlitz

Walsroder Str. 18
29699 Walsrode (OT Bomlitz)
Tel: 05161 / 94963-0

● Polizeikommissariat Walsrode

Hannoversche Straße 14
29664 Walsrode
Tel.: 05161/98448-0
poststelle@pk-Walsrode.polizei.niedersachsen.de



Polizeikommissariat Walsrode

● Polizeistation Rethem

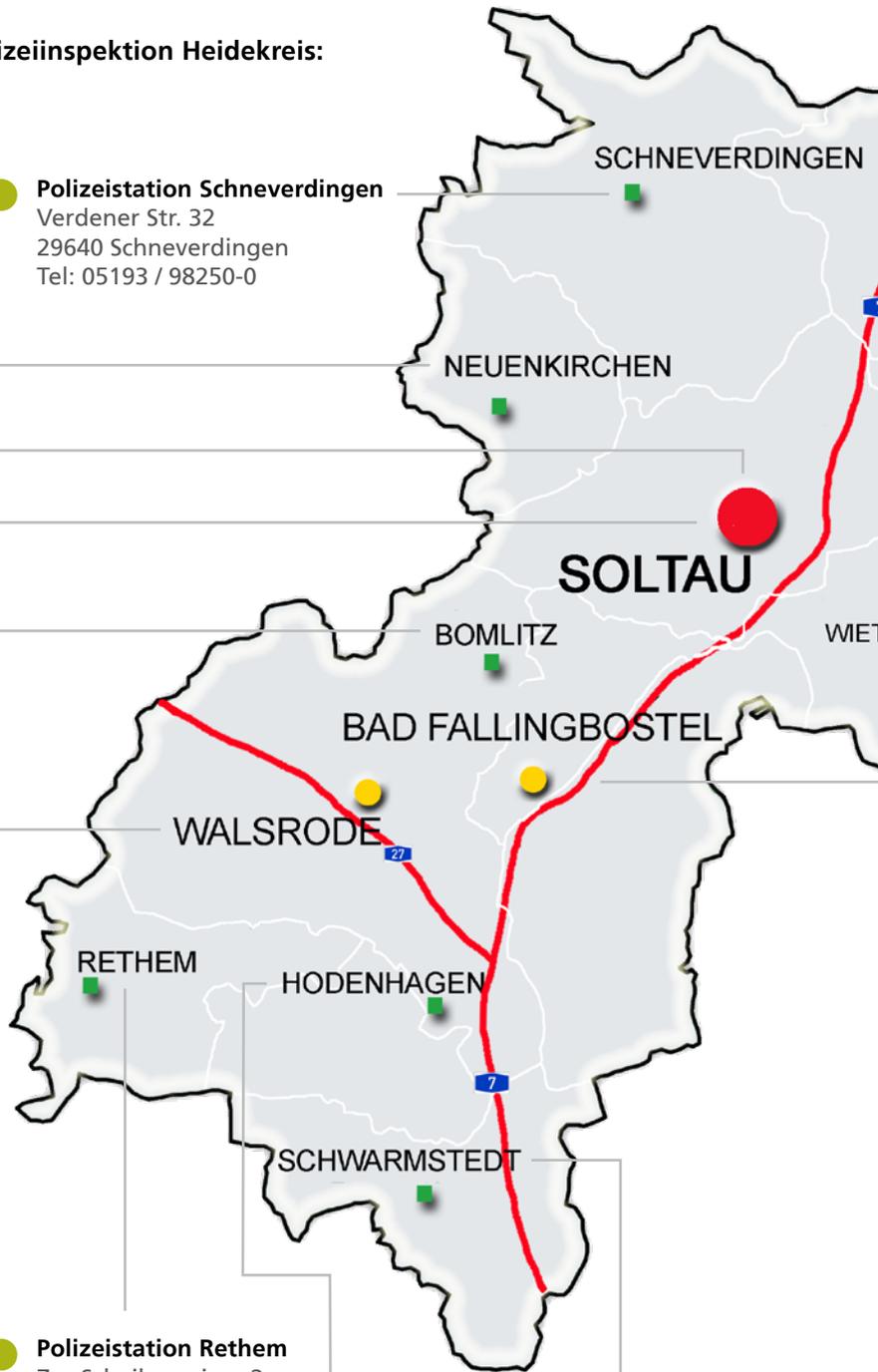
Zur Scheibenwiese 2
27336 Rethem
Tel: 05165 / 29134-0

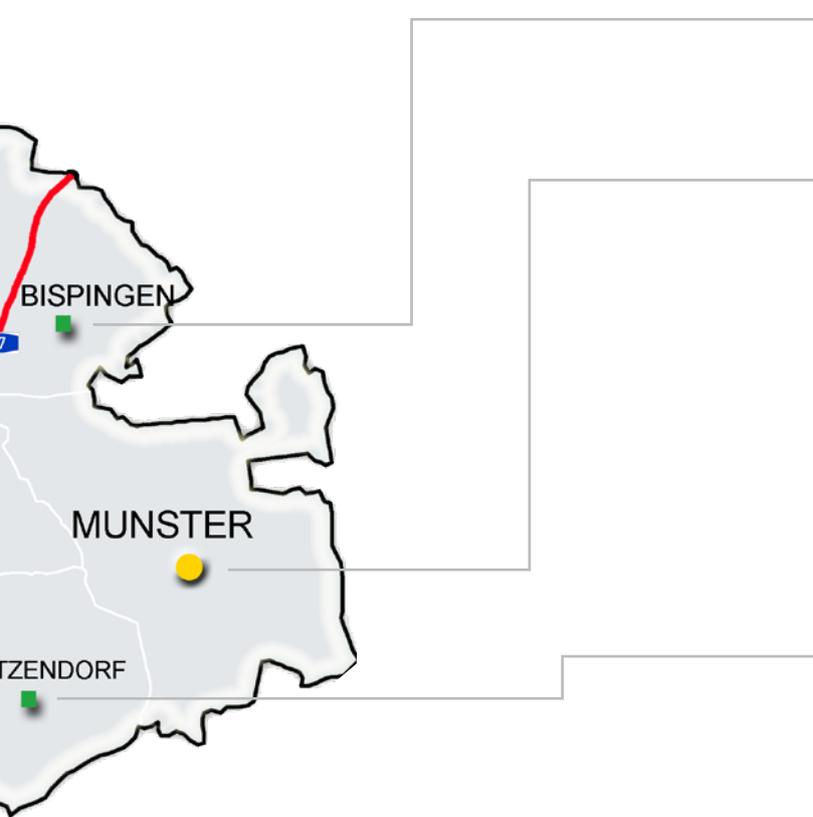
● Polizeistation Hodenhagen

Heerstr. 40
29693 Hodenhagen
Tel: 05164 / 80255-0

● Polizeistation Schwarmstedt

Celler Straße 41
29690 Schwarmstedt
Tel: 05071 / 80035-0





Polizeistation Bispingen

Bahnhofstraße 5
29646 Bispingen
Tel: 05194 / 98246-0

Polizeikommissariat Münster

Klappgarten 2a
29633 Münster
Tel.: 05192/960-0
poststelle@pk-Munster.polizei.niedersachsen.de



Polizeikommissariat Münster

Polizeistation Wietzendorf

Hauptstr. 12
29649 Wietzendorf
Tel: 05196 / 96376-0

Polizeikommissariat Bad Fallingbösel

Düshorner Straße 17
29683 Bad Fallingbösel
Tel.: 05162/972-0
poststelle@pk-Bad-Fallingbösel.polizei.niedersachsen.de



Polizeikommissariat Bad Fallingbösel

 **Polizeiinspektion**

 **Polizeikommissariat**

 **Polizeistation**



Schon gewusst?

Auch für Schadensfälle in eigener Sache ist die Inspektion gewappnet. Schon vor einigen Jahren hat man Rückfallebenen geschaffen, um auf Umwelteinflüsse und sonstige Eventualitäten vorbereitet zu sein. Sollte beispielsweise das direkt an der Böhme gelegene Polizeigebäude, in dessen Räumen auch der Einsatz- und Streifendienst sowie die Gewahrsamszellen untergebracht sind, durch Hochwasser unbenutzbar sein, kann von der Dienststelle in Walsrode alles Notwendige übernommen werden. Gleiches gilt für einen Stromausfall – die Dienststellen sind mit Generatoren ausgerüstet, die ein autarkes Arbeiten möglich machen. Ein intelligentes Notfallmanagement mit in sich verzahnten Teilbereichen ist der Garant für eine gesicherte Einsatzfähigkeit.



DIE POLIZEIINSPEKTION HEIDEKREIS AUF EINEN BLICK

Die Polizeiinspektion (PI) Heidekreis – unter Leitung von Polizeidirektor Stefan Sengel – hat ihren Sitz an der Böhmeide 37-41 in Soltau. In unmittelbarer Nachbarschaft, an der Widukindstraße, befindet sich das Gebäude des Zentralen Kriminaldienstes. Polizeikommissariate gibt es in Walsrode, Bad Fallingbostal und Munster. Gemeinsam mit den acht nachgeordneten Polizeistationen wird eine flächendeckende Polizeipräsenz gewährleistet.

Anhand eines bedarfsorientierten Einsatzmanagements ist ein dienststellenübergreifendes Verbundsystem entwickelt worden. Dadurch ist die Inspektion in der Lage, beispielsweise die größeren Polizeistationen in Schneverdingen und Schwarmstedt überwiegend rund um die Uhr zu betreiben. Motivator für dieses System ist der selbstauferlegte Anspruch, schnell für die Bürgerinnen und Bürger da zu

sein. Um das zu gewährleisten, hat man bereits vor einigen Jahren Interventionszeiten eingeführt. Hier geht es darum, in einer maximalen Zeit jeden Punkt im Heidekreis erreichen zu können. Um die Einhaltung dieser Zeitkomponente zu gewährleisten, greift die Inspektion auch auf die Dienststelle in Bad Fallingbostal zurück, die eigens für diesen Zweck mit mehr Personal ausgestattet wurde und in deren Zuständigkeit die Autobahn fällt. Auch weitere Anfahrtswege sind für die „Einsatzreserve“ deshalb schnell zu überbrücken.

Die zeitliche Komponente ist in etwa vergleichbar mit der Interventionszeit des Rettungsdienstes. Regelmäßige Analysen der PI sollen helfen, die Interventionszeit zu verbessern und sogenannte weiße Flecken zu schließen, um dem eigenen hohen Anspruch gerecht zu werden.



Hauptsitz der Polizeiinspektion Heidekreis

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil erfolgreicher Polizeiarbeit. Sie ist nicht nur Kommunikator für polizeiliche Arbeit und ihre Erfolge, sondern zugleich Einsatzmittel, um Einsatzlagen oder Krisensituationen erfolgreich zu bewältigen. Dabei stehen klassische und digitale Medienarbeit sowie interne und externe Kommunikation gleichberechtigt nebeneinander.

Das Team der Pressestelle auf Direktionsebene:

Funktions E-Mail	pressestelle@ pd-lg.polizei.niedersachsen.de
Leiterin	
Mareike Kowalewski	04131/8306-1050
Julia Grote	04131/8306-1051
Tarek Gibbah	04131/8306-1052
Social-Media-Managerin	
Kim-Katrin Hensmann	04131/8306-1053



v.l.n.r. Julia Grote, Tarek Gibbah, Mareike Kowalewski, Kim-Katrin Hensmann

Ziel der polizeilichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist die Aufgabenbereiche sowie die Arbeit der Polizei transparent und nachvollziehbar darzustellen und einen möglichst großen Bevölkerungskreis zu erreichen. Denn insbesondere im Ernstfall ist die überlegte Weitergabe gesicherter Informationen das beste Mittel, um der Verbreitung von Falschmeldungen und Gerüchten entgegenzuwirken.

Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwarten eine transparente Kommunikation innerhalb der Organisation Polizei. Dabei stehen die Vermittlung von Strategien, Prozessen und Entscheidungen, aber auch die Identifikation und Mitarbeiterbindung sowie der Wissenstransfer im Fokus.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aller Polizeiinspektionen im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg leistet ihren aktiven Beitrag für einen offenen Informationsfluss und kommt ihrer Informationspflicht nach. Jede Polizeiinspektion hat einen eigenen Bereich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit speziell ausgebildeten Pressesprechenden eingerichtet. Die Mitarbeitenden stellen sicher, dass Informationen und Botschaften über die polizeiliche Arbeit schnell, wahrhaft, eindeutig und möglichst umfassend die Medien sowie Bürgerinnen und Bürger erreichen. Die polizeiliche

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet u. a. Sondereinsätze und steigert die Kommunikation mit der Bevölkerung vor allem in besonderen Lagen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über Präventions- und Sicherheitsthemen in den klassischen Medien oder via eigener Social Media Accounts steigert das generelle Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und vermittelt ein größeres Verständnis für die polizeiliche Arbeit.

Um im Einsatzfall möglichst schnell und direkt die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, nutzt die Polizeidirektion Lüneburg soziale Medien. Im Alltag werden die Bürgerinnen und Bürger über die jeweiligen Social Media Accounts mit aktuellen Informationen zu Einsatzlagen, Kriminalitätssphänomenen, Präventionsthemen, Veranstaltungen und Stellenangeboten versorgt. Die Polizeidirektion Lüneburg möchte für die Außenwelt ansprechbar sein, direkt und ohne Umwege kommunizieren, in den Austausch treten und Transparenz schaffen.

Auf Instagram ist die Polizeidirektion Lüneburg mit einem zentralen Account vertreten.

Zu dem Hauptaufgabengebiet der internen und externen Öffentlichkeitsarbeit werden hier Themen bearbeitet, deren Bedeutung über die Grenzen einer einzelnen Polizeiinspekti-



on hinausgeht oder Grundsatzangelegenheiten betreffen. Des Weiteren werden hier Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit koordiniert, an denen mehrere Inspektionen beteiligt sind.

Das breit gefächerte Aufgabenspektrum umfasst neben dem Bearbeiten von Presseanfragen sowie dem Erstellen von Presseinformationen die Auswertung der täglichen Medienlage. Darüber hinaus werden hier u. a. Führungskräftebesprechungen und Veranstaltungen organisiert, Redebeiträge und Grußworte für die Behördenleitung begleitet sowie die Polizeidirektion Lüneburg im Intra- und Internet dargestellt.

Auch die Bereiche Design und Grafik sind ein Teil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Bereich Social Media befasst sich überwiegend mit der Koordination von Beiträgen, dem Erarbeiten von Kampagnen, der Fachaufsicht aller Social Media Accounts sowie der Aus- und Fortbildung in diesem Bereich. Zudem wird das tägliche Stimmungsbild innerhalb der sozialen Medien erhoben und analysiert. Dabei wird das Angebot ständig weiterentwickelt.

POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

STADE
Twitter, Facebook, Instagram

ROTENBURG
Twitter, Facebook, Instagram

HARBURG
Lydia Freienberg, Andrea Möller
Twitter, Facebook

LÜNEBURG
Arne Schmidt
Twitter, Facebook, Instagram

HEIDEKREIS
Frank Dreyer, Jasmin Ritz
Twitter, Instagram

CELLE
Yvonne Maniewski
Twitter, Facebook, Instagram

Polizei Rotenburg @Polizei_... · 2 T
Da hat jemand eindeutig zu viel gewollt! Bei erlaubten 3.500 kg hat der LKW 5.500 kg auf die Waage gebracht. #polizei110

Polizei Lüneburg @Polizei_LG · 2 T
#Polizei110 - In Bleckede hat eine Nachbarin einen überquellenden Briefkasten gemeldet, sie sorgt sich um die dort lebende ältere Dame. Wir eilen zur Hilfe! 🚒

Polizei Lüneburg @Polizei_LG · 2 T
Guter Ausgang: Die Dame konnte wohlbehalten angetroffen werden. 🙏 Trotzdem vielen Dank an die Nachbarin! Achtet auf einander! #Polizei110 #Zivilcourage

Polizei Heidekreis @Polizei_... · 2 T
Glimpflicher Ausgang bei Einbruchversuch in Soltau: Die Bewohnerin kann den Täter festhalten und ruft uns um Hilfe. Sie hat Glück gehabt. Wählt in diesen Fällen bitte direkt die 110. Dafür sind wir da! #polizei110

Polizei Stade @Polizei_STD · 2 T
#polizei110 - Pärchen schlägt im Streit Scheiben des eigenen Autos ein, lässt Auto stehen und geht in getrennte Richtungen davon. Worum es in dem Streit wohl ging? 😞

BUNDESWEITER TWITTER MARATHON AM 01.10.2021



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIINSPEKTION HEIDEKREIS

In der Pressestelle der Polizeiinspektion Heidekreis laufen die Fäden der polizeilichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aus dem gesamten Landkreis Heidekreis zusammen. Sie ist direkt beim Inspektionsleiter angesiedelt und hat ihren Sitz im Dienstgebäude an der Böhmeide.

Die polizeiliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit umfasst unter anderem:

- Pressemitteilungen und Berichterstattungen
- Medienanfragen zu polizeilichen Sachverhalten und Aktivitäten
- Interviewanfragen von Presse, Funk und Fernsehen
- das Social-Media-Team (Instagram + Twitter)
- Pressekonferenzen und Pressegespräche
- Drehanfragen und -planungen für Reportagen und Berichterstattungen
- einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit bei größeren regionalen und überregionalen Einsatzlagen
- Internet- und Intranetauftritte der Polizeiinspektion Heidekreis
- Pressearbeit für Ermittlungsgruppen und Mordkommissionen
- Öffentlichkeitsarbeit nach innen
- inhaltliche Unterstützung, fachliche Beratung oder personelle Begleitung von Veranstaltungen aller Art
- Moderation von Veranstaltungen



Polizeihauptkommissar
Olaf Rothardt (Polizeisprecher)

Böhmeide 37–41
29614 Soltau

Festnetz: 05191/9380-104
Funktions E-Mail: pressestelle@
pi-hk.polizei.niedersachsen.de
Persönliche E-Mail: olaf.rothardt@
polizei.niedersachsen.de



Twitter setzen wir zur direkten und gezielten Informationsweitergabe an die Bevölkerung ein. Es ermöglicht eine gezielte sowie effektive Echtzeitkommunikation der Polizei sowohl bei Sofort- als auch bei Zeitlagen.

Social Media

Im Rahmen der Social-Media-Initiative des Landes Niedersachsen richtete die Polizeiinspektion Heidekreis zum 01. Januar 2017 einen eigenen Twitter-Account ein. Zum 1. Dezember 2019 erweiterte sie ihre Präsenz in den sozialen Medien auf der Kommunikationsplattform Instagram.

Die Entscheidung für eine Intensivierung dieser bisher wenig oder gar nicht genutzten Medien

hat eine deutliche Veränderung der Kommunikationsbeziehungen und -gelegenheiten zwischen der Bevölkerung und der Polizei zur Folge und spiegelt eine grundsätzlich auf Kommunikation und Dialog ausgerichtete bürgerorientierte Polizei wieder.

Das Herzstück der Social-Media-Arbeit im Heidekreis ist das zehnköpfige Team. Nach einem internen Aufruf im Jahr 2017 meldeten sich kreative Köpfe, die mitwirken wollten, um das Thema anzupacken und nach vorn zu bringen. Durch ihr Engagement, nicht nur während des Dienstes für Content zu sorgen und darüber hinaus das Monitoring zu gewährleisten sowie die freundliche und wohltdosierte, kreativ-witzige Art der Kommunikation, hat sich das Team die Anerkennung seiner rund 4.000 Follower bei Instagram und rund 2.000 bei

„Das Herzstück der Social-Media-Arbeit ist das Team: Junge, kreative Köpfe, die vor Ideen sprühen und richtig Lust haben“.

Olaf Rothardt, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Twitter erarbeitet. Dabei schrecken sie auch vor berühmten Namen wie Jan Böhmermann nicht zurück. Der Tweet https://twitter.com/Polizei_HK/status/1346723729758449666

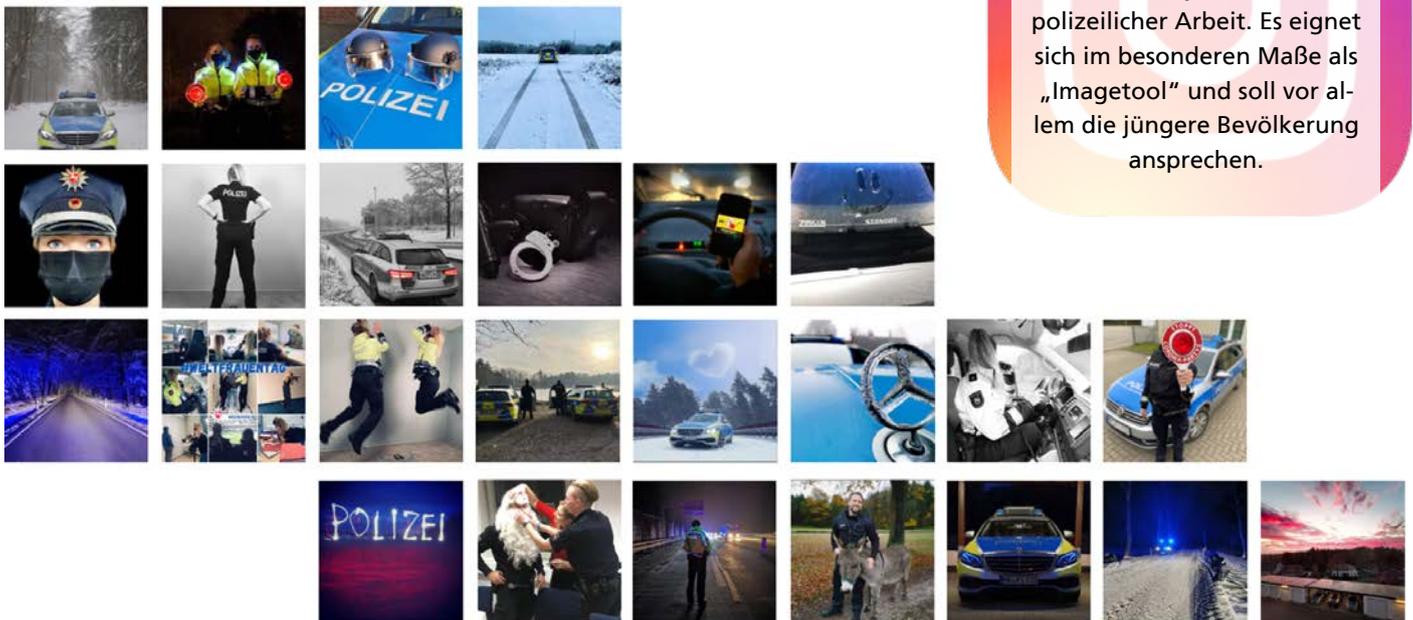
vom 06. Januar 2021 erreichte bisher rund 129.000 Klicks.

Die Teammitglieder sind auf die gesamte Polizeiinspektion verteilt, arbeiten bei der Autobahnpolizei, im Ermittlungsdienst, in Polizeikommissariaten und -stationen oder beim Zentralen Kriminaldienst. So ist gewährleistet, dass eine bunte Vielfalt von Informationen aus den verschiedensten Arbeitsbereichen kompetent im Account umgesetzt wird.

Instagram zeigt die Polizei im Heidekreis aus einem kreativen Blickwinkel heraus: Eine Mischung aus starken Bildern, coolen Storys und echter polizeilicher Arbeit. Es eignet sich im besonderen Maße als „Imagetool“ und soll vor allem die jüngere Bevölkerung ansprechen.



Medienwirksamer Startschuss bei Instagram am 01.12.2019 | Foto: A.Trappe



NACHWUCHSGEWINNUNG IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Weitere Informationen zum Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen erhalten Interessierte bei

Lydia Franke	04131 8306-1350
Carina Gralla	04131 8306-1351
Christian Müller	04131 8306-1352
Hotline der Nachwuchsgewinnung bei der Polizeidirektion Lüneburg	04131 8306-3333
E-Mail:	nachwuchswerbung@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

Der demografische Wandel macht auch vor der Polizei Niedersachsen nicht Halt:

Bis 2028 werden etwa 40 Prozent der Belegschaft der Polizei im Land Niedersachsen in den Ruhestand versetzt werden. Angesichts dieser steigenden Pensionierungszahlen, der sich immer schneller entwickelnden Veränderungen in der Gesellschaft, dem Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern und den gleichzeitig stagnierenden Abgangszahlen an öffentlichen Schulen kommt der Nachwuchsgewinnung für die Polizei eine große Bedeutung zu.

Im Hinblick auf diese Hintergründe hat es sich die Polizeidirektion Lüneburg zur zentralen Aufgabe gemacht, junge Menschen für den Polizeiberuf zu begeistern und für diese Tätigkeit zu akquirieren.

Nur wenig andere Berufe verfügen über ein solch positives Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung wie der Polizeiberuf. Je nach Interessen und Kenntnissen bieten sich den Bewerberinnen und Bewerbern darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten – nicht zuletzt aufgrund der vielen Arbeitsbereiche, über welche die Polizei verfügt.

Hauptaufgabe der Mitarbeitenden im Team „Regionalisierte Einstellung“ bei der Polizeidirektion Lüneburg ist die Beratung und Betreuung der Bewerberinnen und Bewerber. Darüber hinaus werden hier die sogenannten „Strukturierten Interviews“ geplant und durchgeführt. Auch auf (digital organisierten) Berufsinformationsmessen sind die Kolleginnen und Kollegen der Aus- und Fortbildung der Polizeiinspektionen sowie deren Einstellungsberaterinnen und Einstel-



lungsberater ständig vertreten. Seit Juli 2021 nutzen die Polizeidirektion und die Polizeiinspektionen auch das Karriereportal berry2b, um Nachwuchs mit dem Studienabschluss Bachelor of Arts zu gewinnen.

Viele Wege zur Polizei

Der Weg zu einem Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen muss nicht zwangsläufig über das Abitur oder den direkten Erwerb der Fachhochschulreife führen. Auch Interessierte mit Realschulabschluss können nach Abschluss der zweijährigen Fachoberschule „Wirtschaft und Verwaltung“ mit dem Schwerpunkt Polizei die Fachhochschulreife erwerben und das Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen aufnehmen, im ersten Jahr findet ein schulbegleitendes Praktikum in einer Polizeidienststelle statt.

Die Qualifikation zum Studium kann auch erwerben, wer nach Abschluss des schulischen Teils der Fachhochschulreife ein einjähriges Vollzeitpraktikum bei einer Polizeidienststelle erfolgreich absolviert. Wer über den Realschulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt, kann für ein Jahr eine berufsbezogene Klasse 12 der Fachoberschule besuchen, um die vollständige Fachhochschulreife zu erwerben.



Interesse geweckt?

Weitere Informationen zum Polizeiberuf, zu den Bewerbungsvoraussetzungen sowie zur Möglichkeiten der Online-Bewerbung sind unter www.polizei-studium.de zu finden.

BEWERBUNGEN UND AUSWAHLVERFAHREN 2021 IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

473 Bewerbungen für das Studium
(4.609 landesweit)

37 Einstellungen für das Studium
(450 landesweit)

102 Bewerbungen für eine Fachoberschulausbildung bzw. eine
Vollzeitpraktikum (996 landesweit)

10 Praktikumsverträge für eine Fachoberschulausbildung bzw. ein Vollzeitpraktikum (84 landesweit)

ENKELTRICK VERHINDERT,

TASCHENDIEB GESTELLT.

und deintag?

BEWIRB DICH JETZT bei der Polizei Niedersachsen
(mit Abitur oder Realschulabschluss) und sichere Dir Deine
Chance auf eine spannende und abwechslungsreiche Zukunft!

polizei-studium.de
@POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

NACHWUCHSGEWINNUNG IN DER POLIZEIINSPEKTION HEIDEKREIS

Polizeihauptkommissar Bernd Holthöfer war 16 Jahre für den Bereich Aus- und Fortbildung in der Polizeiinspektion Heidekreis zuständig. In den Dienst trat er 1977 ein und wurde nach der Ausbildung und der Zeit in der Einsatzhundertschaft in seinen Heimatort Hameln versetzt. 1992 wechselte er zur Autobahnpolizei in die damalige Polizeiinspektion Soltau-Fallingb. 2006 wagte er den Sprung in den Stab der Inspektion Heidekreis und war seitdem für den Bereich Aus- und Fortbildung sowie für den darin eingebetteten Bereich Nachwuchsgewinnung zuständig. Am 30. Juli 2021 wurde er pensioniert. Wir haben ihn unmittelbar zuvor noch sprechen können:

Als dienstältester Aus- und Fortbilder im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg hat man viele Änderungen erlebt. Was war die gravierendste?

Seit dem 01.04.2006 bin ich für den Bereich verantwortlich, damals noch zu Zeiten einer dreigeteilten Laufbahn mit einem mittleren, gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst sowie einer Ausbildung zum gehobenen Dienst über den Besuch einer Fachhochschule für Verwaltungs- und Rechtspflege – Fachbereich Polizei. Seit dieser Zeit hat sich die Ausbildung zur Polizeivollzugsbeamtin / zum Polizeivollzugsbeamten in Niedersachsen grundlegend verändert.

Inwiefern hat sich die Ausbildung verändert?

Der mittlere Dienst wurde abgeschafft und Berufsanfängerinnen und -anfänger konnten sich anschließend direkt für das Einstiegsamt im gehobenen Dienst (Besoldungsgruppe A9) bewerben. Die Ausbildung zur Polizeikommissarin / zum Polizeikommissar erfolgt seit 2007 in einem dreijährigen Bachelorstudiengang an einem der drei Standorte der Polizeiakademie Niedersachsen (Hann. Münden, Nienburg und Oldenburg) und endet mit dem Abschluss eines „Bachelor of Arts“.

Welche Auswirkungen hatte die Reform in der Polizei auf die Nachwuchsgewinnung?

Absolventinnen und Absolventen der Hauptschule mit einer Berufsausbildung und der Realschule konnten sich nun nicht mehr direkt für eine Polizeiausbildung bewerben, da sie zunächst die neuen und veränderten schulischen Voraussetzungen für ein Polizeistudium (Abitur bzw. Fachhochschulreife) erlangen mussten.

Es zeichnete sich ab, dass die Berufsinformation intensiviert werden musste, um Schülerinnen und Schüler über die



Bernd Holthöfer
Sachbearbeiter Aus- und Fortbildung

Neuheiten und Veränderungen vor Ort zu informieren und Falschinformationen Vorschub zu leisten.

Welche Hürden gab es noch zu überwinden?

Der demografische Wandel spielt hier eine große Rolle: Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte aus geburtenstarken Jahrgängen gingen in den Ruhestand, die freien Stellen müssen durch Bewerberinnen und Bewerber aus geburtenstärkeren Jahrgängen neu besetzt werden. Es wird mehr Personal benötigt, was das nächste Problem aufwirft:

Der Landkreis Heidekreis ist eine ländlich strukturierte Gegend mit nur etwa 140.000 Einwohnern. Viele Firmen aus der freien Wirtschaft und dem Handwerk sowie der öffentliche Dienst bemühen sich um die gleiche Zielgruppe. Außerdem haben wir mit der Bundespolizei am Standort Walsrode und der Bundeswehr am Standort Munster starke Mitstreiter um dieselben Interessengruppen.

Darüber hinaus spielt bei uns seit vielen Jahren eine hohe Personalfuktuation eine Rolle. Junge und gut ausgebildete Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte verlassen nach kurzer Zeit unsere Inspektion, da sie aus anderen Regionen in Niedersachsen oder auch benachbarten Bundesländern stammen und es sie zurück in ihre Heimat zieht. Ziel ist es deshalb, vorrangig möglichst viele Interessentinnen und Interessenten aus der heimischen Region zu erreichen und sie für den Beruf als Polizeivollzugsbeamtin bzw. -beamten zu gewinnen, um dem Abwanderungsgedanken entgegenzuwirken.

Was wurde noch getan, um den Trend der Abwanderung zu brechen?

Wir haben diesen Trend vor einigen Jahren erkannt und bereits zu diesem Zeitpunkt sowohl Nachwuchsgewinnung als auch Berufsinformation noch einmal erheblich intensiviert. Es wurde dabei auch nach Möglichkeiten gesucht, die bereits bestehenden Ressourcen auszubauen und zu erweitern sowie neue, ganz andere Wege zu gehen.

So stellten wir persönliche Kontakte, Gespräche und Netzwerke mit Schulen und anderen Institutionen neu her beziehungsweise intensivierten bestehende Kooperationen.

Da wir zu jeder Zeit in der gesamten Polizeiinspektion adäquate Ansprechpersonen zum Thema Berufsinformation haben wollten, vergrößerten wir flächendeckend und auf freiwilliger Basis unser kompetentes Team. Diese Verfahrensweise hat sich im Lauf der letzten Jahre bewährt. Hierdurch konnten viele Kontakte neu hergestellt und alte intensiviert werden. Hemmungen „mal bei der Polizei anzurufen“ konnten abgebaut und persönliche Hilfestellungen u. a. bei der Berufsinformation, bei Bewerbungen und zum Auswahlverfahren geleistet werden. Die eingeführten Maßnahmen waren im Lauf der letzten Jahre positiv sichtbar und messbar. Der Anteil von jungen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten mit Herkunft aus der hiesigen Region hat sich mittlerweile stark erhöht.



Ganz in der Nähe: EinstellungsberaterInnen der Polizeiinspektion Heidekreis

Veranstaltungen 2021

Im Jahr 2021 war es lediglich möglich, sich bei den Berufsinformationstagen an den Schulen in Neuenkirchen, Bomlitz und in Munster mit Fachvorträgen zu beteiligen. Auf Grund der Corona-Pandemie konnten die für das Jahr 2021 geplanten weiteren Veranstaltungen leider nicht durchgeführt sowie das Thema der Nachwuchsgewinnung nicht zu den sonst üblichen Anlässen präsentiert werden. Sonstige

Informationstage, welche im Heidekreis fest verankert sind, wie der Zukunftstag, die Berufsmesse „Work & Life“ des Heidekreises, „Blaulichtmeilen“ im Rahmen von Industriemessen oder Schautagen, Jubiläumsveranstaltungen, aber auch Veranstaltungen im Verkehrsbereich (Motorradtag am Heidepark) fanden nicht statt beziehungsweise mussten abgesagt werden.





Ein weiteres Betätigungsfeld im Rahmen der Nachwuchswerbung war in 2021 die Beratung von Berufssoldaten. Hier spielte der Standort der Bundeswehr in Munster eine zentrale Rolle. Dort stationierte Soldatinnen und Soldaten mit einer Verwendungsdauer von zwölf Jahren informierten sich über einen Eintritt in die Landespolizei Niedersachsen.

Praktikum für Schülerinnen und Schüler

Die Dienststellen in Soltau, Bad Fallingbostel, Munster, Walsrode, Schneverdingen und Schwarmstedt stellen ganzjährig Praktikumsplätze für Schülerinnen und Schüler der ortsansässigen, aber auch benachbarter Schulen zur Verfügung. Da dieses Angebot inzwischen allgemein bekannt ist, gibt es auch immer wieder Bewerbungen von Schülerinnen und Schülern aus den Nachbarlandkreisen Celle, Rotenburg und Harburg. Auch diese Bewerbungen werden selbstverständlich in den Dienststellen geprüft und – wenn es die Kapazitäten zulassen – Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt.

Die Vergabe von Praktikumsplätzen orientiert sich hierbei an den späteren Kriterien, die auch für eine Bewerbung bei der Polizei maßgeblich sind (Gesundheit, Zensuren, körperliche Voraussetzungen wie Größe und Sportlichkeit sowie das Allgemeinverhalten).

Die Anzahl der jährlichen Praktikantinnen und Praktikanten variiert in den jeweiligen Jahrgängen. Absagen an qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber erfolgen – wenn überhaupt – nur aus dienstlichen Gründen.

In 2021 konnten Schülerpraktika trotz einer regen Nachfrage pandemiebedingt nicht angeboten werden. Einzelgespräche zum Berufswunsch der Polizeibeamtin / des Polizeibeamten wurden nach vorheriger telefonischer Terminierung unter Beachtung der Hygienevorschriften interessierten Schülerinnen und Schülern ermöglicht.



Ihre Ansprechpersonen für Nachwuchsgewinnung und Berufsinformation

Daniela Wille
Sven Lehmann

Böhmheide 37-41
29614 Soltau

Tel.: 05191/9380-105

E-Mail: auf@pi-hk.polizei.niedersachsen.de

Darüber hinaus informieren alle EinstellungsberaterInnen, die auf allen Dienststellen vertreten sind.

Verwaltungspraktikum

Seit Jahren stellt die Polizeiinspektion Heidekreis, soweit dienstlich möglich und umsetzbar, Praktikumsplätze für Studentinnen und Studenten zur Verfügung, die sich in einem Jurastudium befinden. Dieses gilt ebenso für Aufstiegsabsolventinnen und -absolventen des höheren Dienstes, der allgemeinen Verwaltung. Praktikantinnen oder Praktikanten des BKA und aus anderen Bundesländern waren und sind bei uns gern willkommen. Bewerbungen werden hier geprüft. Bei einer positiven Entscheidung erfolgt die Betreuung anschließend durch einen Kollegen aus dem Zentralen Kriminaldienst, der das 2. Staatsexamen in Jura abgelegt hat.

Nachwuchsgewinnung mal anders | Zusammenarbeit mit dem Sachgebiet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kinospot



Kooperation mit
Fahrschulen





KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK (PKS) DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Weiterhin sinkende Gesamt-Fallzahlen, die landesweit zweithöchste Aufklärungsquote, Wohnungseinbruchdiebstähle und Rohheitsdelikte weiter rückläufig, so das Resümee der PKS 2021 in der Polizeidirektion Lüneburg.

Die Entwicklung der Kriminalität wird in Niedersachsen, wie in jedem anderen Bundesland auch, anhand einer Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) beobachtet. Die darin erhobenen Daten dienen dazu, Erkenntnisse für vorbeugende und verfolgende Kriminalitätsbekämpfung, organisatorische Planungen und Entscheidungen sowie kriminologisch-soziologische Forschungen und kriminalpolitische Maßnahmen zu erlangen.

Bei der PKS handelt es sich um eine reine Hellfeldstatistik. Es werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich strafbewehrter Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaft. Ausgenommen von der Erfassung sind Staatschutzdelikte, Verkehrsdelikte, direkt bei den Staatsanwaltschaften angezeigte Straftaten sowie Delikte, die nicht in die Bearbeitungszuständigkeit der Polizei fallen (z.B. Finanz- und Steuerdelikte).

Der Aktualität der PKS und der Abbildung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs in der PKS sind insofern Grenzen gesetzt. Es gilt auch zu berücksichtigen, dass Straftaten, die der Polizei nicht bekannt geworden sind, nicht abgebildet werden können (sog. Dunkelfeld). Der tatsächliche Kriminalitätsumfang liegt also höher als die Angaben in der PKS. Im Gegenzug kann es aber z. B. durch ein verstärktes Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder eine gesteigerte Verfol-

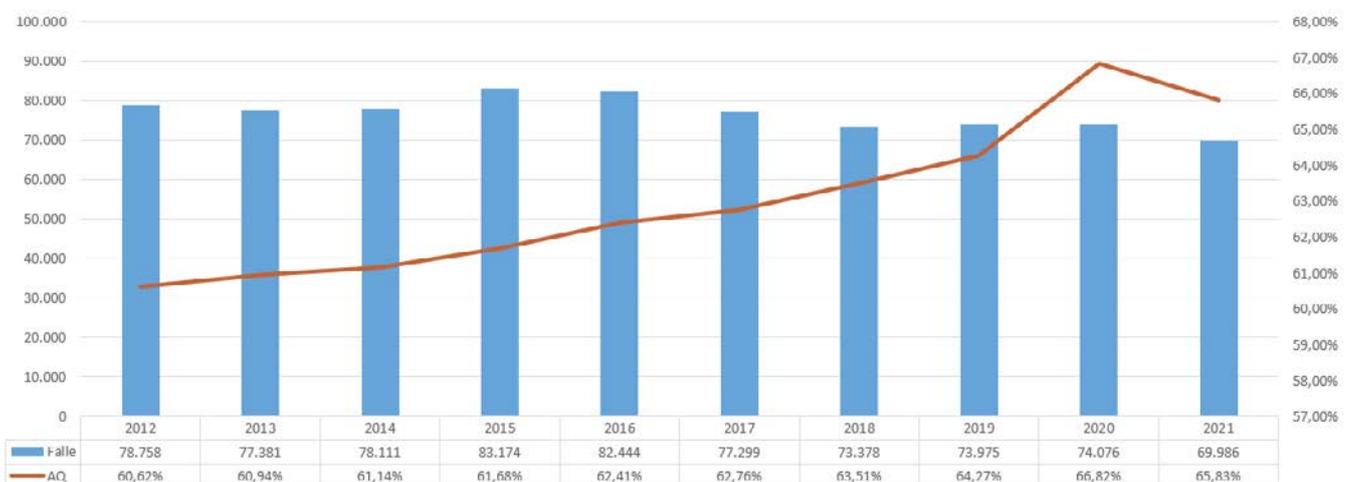
gungintensität der Polizei in einzelnen Deliktsbereichen auch zu Hell- / Dunkelfeldverschiebungen kommen und ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen in der PKS zur Folge haben, ohne dass eine Änderung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs stattgefunden hat.

Die PKS wird durch das Landeskriminalamt Niedersachsen auf Basis der aus den einzelnen Polizeidienststellen zugelieferten Daten zu Deliktsarten, Umfang und Zusammensetzung der ermittelten Tatverdächtigen erstellt und jährlich veröffentlicht. Neben der PKS für das Land Niedersachsen insgesamt wird diese zusätzlich auf Ebene der Polizeidirektionen und der Polizeiinspektionen ausgewertet. Auch innerhalb des laufenden Jahres erfolgt ein stetiges Monitoring, um Veränderungen in der Kriminalitätsentwicklung zeitnah zu erkennen und das polizeiliche Handeln entsprechend anzupassen.

Die Gesamtzahl der im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg erfassten Straftaten ist für das Berichtsjahr 2021 um 5,52 % auf 69.986 gesunken (2020: 74.076). Grund für die Abnahme ist unter anderem der zahlenmäßig stärkste Rückgang im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte.

Die Aufklärungsquote lag 2021 bei 65,83 % und hat sich gegenüber dem Jahr 2020 (66,82%) kaum geändert. Die PD Lüneburg hat damit die zweithöchste Aufklärungsquote in Niedersachsen (Landesdurchschnitt 64,07%).

LANGZEITVERGLEICH GESAMT-FALLZAHL UND AUFKLÄRUNGSQUOTE



Deliktsbereiche im Detail

Im Folgenden werden ausgewählte Deliktsbereiche näher dargestellt, die einen besonderen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit bilden.

Straftaten gegen das Leben

Mit Straftaten gegen das Leben sind die Delikte Mord und Totschlag gemeint. Hierzu zählt auch der Versuch eines Mordes oder Totschlags. Im Jahr 2021 sind insgesamt 73 derartige Straftaten im Gebiet der PD Lüneburg erfasst worden (2020: 92 Fälle). Alle Taten konnten aufgeklärt werden, so dass sich eine Aufklärungsquote von 100% ergeben hat. Dies zeigt deutlich mit welcher Ermittlungsintensität und mit welchem Erfolg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem der Polizeiinspektionen sich der Aufklärung dieser Taten widmen.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Bei den Sexualdelikten gab es im Gesamtbereich der PD Lüneburg einen leichten Anstieg von 3,39 % auf 1.768 Taten (2020: 1.710). Eine starke Abnahme ergibt sich beim Tatbestand der Verbreitung pornografischer Schriften (Erzeugnisse). Hier kam es bei der Bezugsgruppe an Personen unter 18 Jahren einen Rückgang auf 63 Fälle (2020: 268 Fälle). Grund für diese Entwicklung ist der Abschluss eines umfangreichen Verfahrens aus dem Jahr 2020. Hier versandte ein Täter über 200 pornografischen Schriften per Messenger-Dienst an meist Minderjährige – ein vergleichbares Verfahren gab es 2021 nicht.

Rohheitsdelikte

Unter Rohheitsdelikten sind Straftaten wie Raub, Körperverletzung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit zu

verstehen. Die Zahl der Rohheitsdelikte sank im Vergleich zum Vorjahr um 509 auf 11.805 Fälle (2020: 12.314). Gleichzeitig liegt die Aufklärungsquote bei 92,18% (2020: 91,94%). Den größten Anteil stellen dabei weiterhin die Körperverletzungsdelikte, die um 12,51% auf 7.220 (2020: 8.252) Fälle sanken.

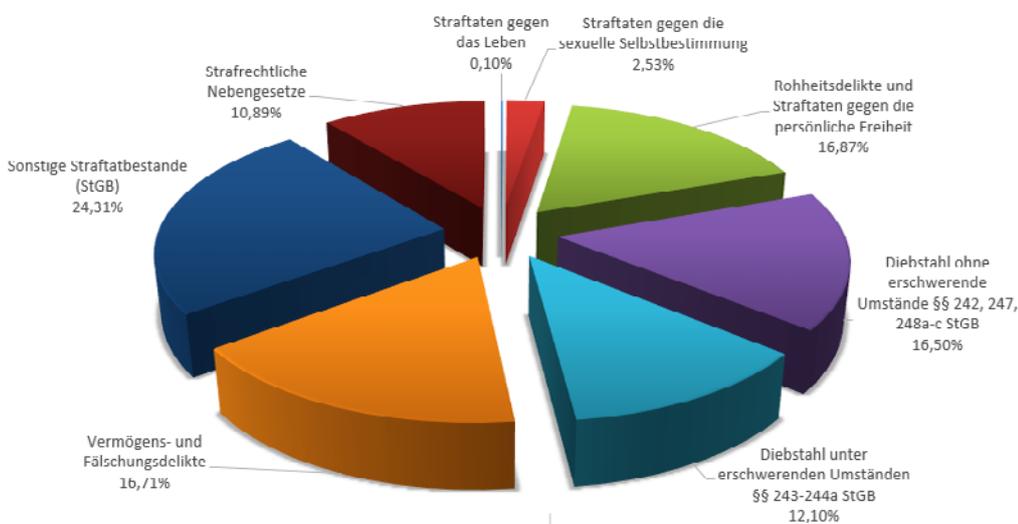
Die niedrigeren Fallzahlen sind selbstverständlich erfreulich. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie haben sich die Kontaktmöglichkeiten im öffentlichen Raum erheblich reduziert. Dies hat auch im Jahr 2021 zu einem deutlichen Rückgang der Rohheitsdelikte geführt.

Häusliche Gewalt

Die Entwicklung der häuslichen Gewalt wird vor dem Hintergrund der deutlich reduzierten Kontaktmöglichkeiten außerhalb des eigenen häuslichen Umfeldes von der Polizeidirektion Lüneburg besonders beobachtet. Die Zahlen lassen sich leider nicht mit denen aus dem Vorjahr vergleichen. Im Zuge der bundesweiten Vereinheitlichung der Definition für das Thema „Häusliche Gewalt“ mit dem Ziel der lebensnäheren Darstellung dieses Kriminalitätsfeldes hat sich die Auswertungsgrundlage verändert.

Demnach wurden für das Jahr 2021 insgesamt 3.217 Fälle von häuslicher Gewalt verzeichnet. Hier ist besonders hervorzuheben, dass die deutliche Mehrzahl der Taten (2.128) im Kontext von Partnerschaften begangen worden. In 794 Fällen waren Opfer und Täter bereits getrennt (ehemalige Partnerschaften). Außerhalb von Partnerschaften, also in den sogenannten

VERTEILUNG DER STRAFTAGEN IN DER PD LÜNEBURG NACH DELIKTSARTEN



familiären Beziehungen (Eltern, Kinder, Großeltern, Geschwister, etc.) wurden im Bereich der Polizeidirektion 1.089 Taten häuslicher Gewalt registriert.

Gleichwohl ist in diesem Deliktsbereich von einem hohen Dunkelfeld auszugehen, da viele Taten aufgrund emotionaler und finanzieller Abhängigkeiten zwischen den Beteiligten nicht angezeigt werden.

Diebstahl / Wohnungseinbruchdiebstahl

Im Jahr 2021 stellten die Diebstähle prozentual die größte Deliktsguppe dar. Dennoch sank ihre Zahl um 1.041 Fälle auf 20.014 (2020: 21.055) Straftaten.

Die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle ist weiterhin deutlich rückläufig. Im Jahr 2021 wurden 904 Fälle registriert, was einem Rückgang von 481 Fällen gegenüber 2020 (1.385 Fälle) entspricht. Im Jahr 2021 blieb es von diesen Fällen 408-mal beim Versuch des Wohnungseinbruchdiebstahls, 2021 gab es noch 581 Versuchstaten.

Die Aufklärungsquote liegt in diesem sehr ermittlungintensiven Deliktsfeld bei 24,89% (2020: 28,74%).

Neben dem Aspekt, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Corona-Pandemie verstärkt zu Hause im Homeoffice aufgehalten haben, zeigt auch die intensive und akribische Einsatz-, Ermittlungs- und Präventionsarbeit Wirkung.

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Um mehr als 15% ging die Zahl der Taten im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte zurück. 2021 waren es 11.692 Straftaten nach 13.803 im Jahr 2020.

Diese Entwicklung hat mehrere Gründe: Im Jahr 2020 konnten zwei umfangreiche Verfahren abgeschlossen werden, die es

im Jahr 2021 in diesem Umfang nicht gegeben hat. Zudem haben im Frühjahr 2020, als es den ersten coronabedingten Lockdown gab, viele Bürgerinnen und Bürger vermehrt online eingekauft, was indirekt die Entstehung von sogenannten Fake-shops gefördert hat. Durch gute Präventionsarbeit konnten die Menschen im zweiten Jahr der Corona-Pandemie sensibilisiert werden.

Cybercrime / Internetkriminalität

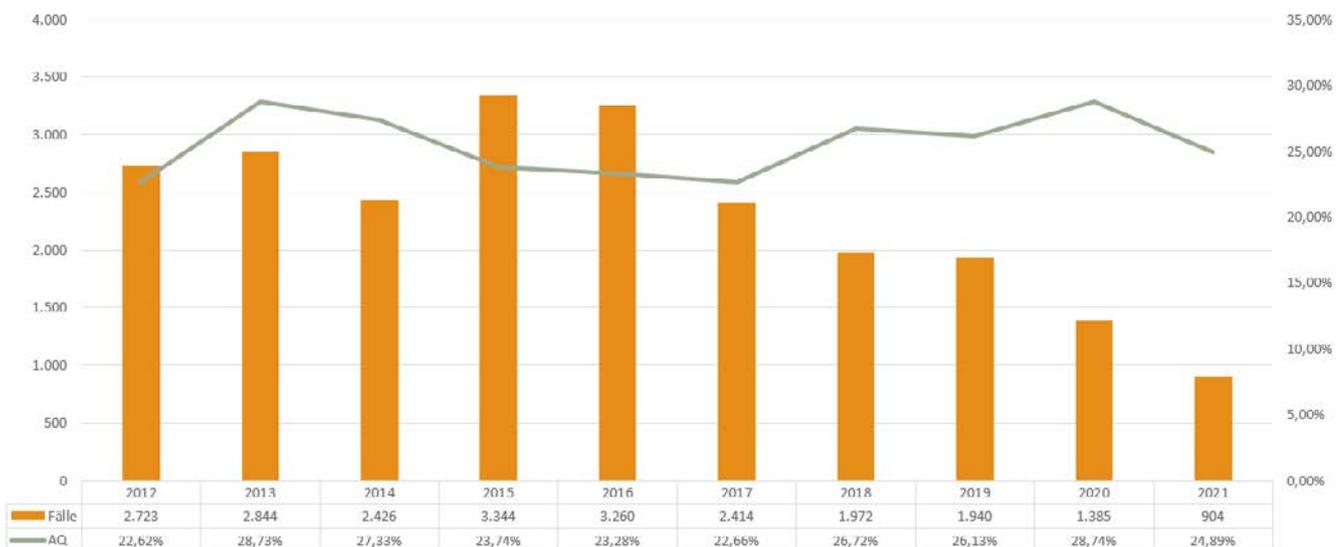
Nachdem es von 2019 auf 2020 zu einem Anstieg der Straftaten von über 40% gekommen war, erfolgte im Jahr 2021 ein Rückgang um fast 20%. In absoluten Zahlen wurden im Gebiet der PD Lüneburg 4.949 Fälle im Jahr 2021 registriert (2020: 6.160 und 2019: 4.200 Fälle). Die Aufklärungsquote sank im Jahr 2021 um 3,9% auf 84,64% (2020: 88,54 %).

Dieses Themenfeld stellt die Polizei langfristig vor neue Herausforderungen, die im Rahmen der strategischen Ausrichtung berücksichtigt werden.

Fazit von Polizeipräsident Thomas Ring

„Neben der coronabedingt reduzierten Mobilität konnte auch durch die unermüdliche Kriminalitätsbekämpfung sowie die fortlaufende Präventionsarbeit im vergangenen Jahr erneut ein Rückgang der Straftaten in unserer Region erzielt werden. Ich möchte mich hierfür bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeidirektion Lüneburg bedanken. Trotz der anhaltenden pandemischen Situation und der einhergehenden Belastungen haben sie hierzu entscheidend beigetragen. Es wird auch weiterhin unser Anspruch sein, all unseren Bürgerinnen und Bürgern als kompetenter Ansprechpartner zur Seite zu stehen.“

LANGZEITVERGLEICH WOHNUNGSEINBRÜCHE (FÄLLE UND AUFKLÄRUNGSQUOTE)

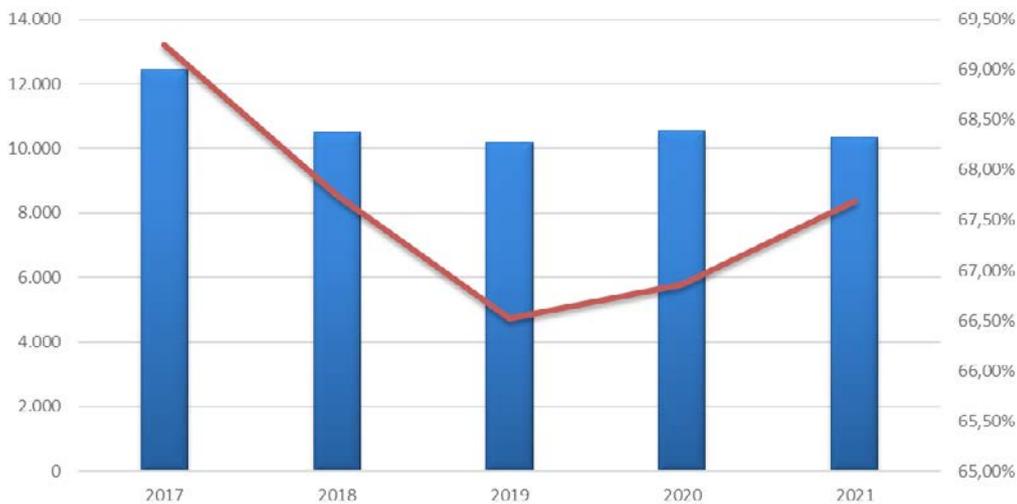


POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK DER POLIZEIINSPEKTION HEIDEKREIS

Im Jahr 2021 wurden in der Polizeiinspektion (PI) Heidekreis insgesamt 10.339 Straftaten erfasst, bearbeitet und an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 211 Straftaten oder 2,00% (2020:10.550 Taten). Längerfristig betrachtet bewegt sich die PI Heidekreis damit immer noch unterhalb des 10-Jahres-Mittelwerts von 10.879 Taten.

Die Aufklärungsquote der PI Heidekreis betrug 67,69%, eine Steigerung von 0,83% im Vergleich zu 2020. Sie lag damit etwa 3,50% über dem Landesdurchschnitt sowie rund 2,00% über dem Durchschnitt in der Polizeidirektion Lüneburg und setzte den sehr guten Trend der vergangenen Jahre fort.

ENTWICKLUNG AUFKLÄRUNGSQUOTE PI HEIDEKREIS



Der Trend der Kriminalitätsentwicklung in den einzelnen Deliktsbereichen entspricht weitgehend dem auf Ebene der PD Lüneburg:

Straftaten gegen das Leben

Im Jahr 2021 waren insgesamt sieben derartige Straftaten zu verzeichnen drei Taten mehr als im Vorjahr, darunter drei Versuche. Die Aufklärungsquote lag bei 100%.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

In diesem Deliktsbereich war nahezu in allen Bereichen ein Anstieg der Zahlen zu verzeichnen. Die Anzahl der Vergewaltigungen (26 Taten; 2020: 16) und der Sexualdelikte zum Nachteil von Kindern (47 Taten; 2020: 32) stieg ebenso, wie die Zahl der sexuellen Nötigungen (25 Taten; 2020: 9) und die der Verbreitung pornografischer Erzeugnisse (112 Taten; 2020: 62). Im Deliktsbereich insgesamt wurde eine sehr hohe Aufklärungsquote von 91,82% erreicht.

Rohheitsdelikte

Die Zahl der Rohheitsdelikte ist leicht gesunken. 2021 gab es 1.571 entsprechende Straftaten (2020: 1.602). Die dazu gehörenden Körperverletzungsdelikte sind von 1.030 Delikten im Jahr 2020 auf 944 Taten im aktuellen Jahr gesunken. Bei den Raubstraftaten verzeichnete die Polizei ebenfalls sinkende Zahlen: 2021 waren es 35 Taten gegenüber 58 im Vorjahr. Im gesamten Deliktsbereich sind hohe Aufklärungsquoten zu verzeichnen. Sie lag z. B. bei den Körperverletzungsdelikten bei 93,22%.



Häusliche Gewalt

Bei Fällen Häuslicher Gewalt gab es in der PI Heidekreis eine leichte Zunahme der Zahlen. Ein außerordentlicher Anstieg war auch im zweiten Corona-Jahr nicht zu erkennen.

Ende 2021 wurde im Rahmen der polizeilichen Kriminalstatistik eine neue bundeseinheitliche Definition des Begriffs „Häusliche Gewalt“ eingeführt, die unter anderem besagt, dass Häusliche Gewalt auch vorliegt, ..“wenn sie unabhängig von einem gemeinsamen Haushalt[..]. geschieht“. Bei Berücksichtigung dieser erweiterten Definition lässt sich ein unmittelbarer Vergleich zum Vorjahr nicht darstellen.

Diebstahl

Die Diebstahlsdelikte insgesamt haben gegenüber 2020 um 2,40% bzw. 61 Taten zugenommen. So wurden 2021 2.606 Diebstahlsdelikte erfasst (2020: 2.545). Diese Anzahl liegt deutlich unter dem 10-Jahres-Mittelwert von 3.323 Taten.

Während die Zahl der Ladendiebstähle um 70 Taten auf 468 Taten gesunken ist (2020: 538), ist vor allem bei den Fahrraddiebstählen ein Anstieg der Fallzahlen festzustellen. 2021 wurden 296 Fahrraddiebstähle inklusive 21 Diebstähle von E-Bikes erfasst. Ein Anstieg zum Vorjahr von 8,03% (2020: 274 Taten).

Wohnungseinbruchsdiebstahl

Bei diesem besonderen Teil der Diebstahlsdelikte war ein starker Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen. 2021 wurden 101 derartige Straftaten erfasst. Das entspricht einem Rückgang um 65 Taten bzw. 39,16% gegenüber 2020 und setzte den Trend aus 2019 fort.

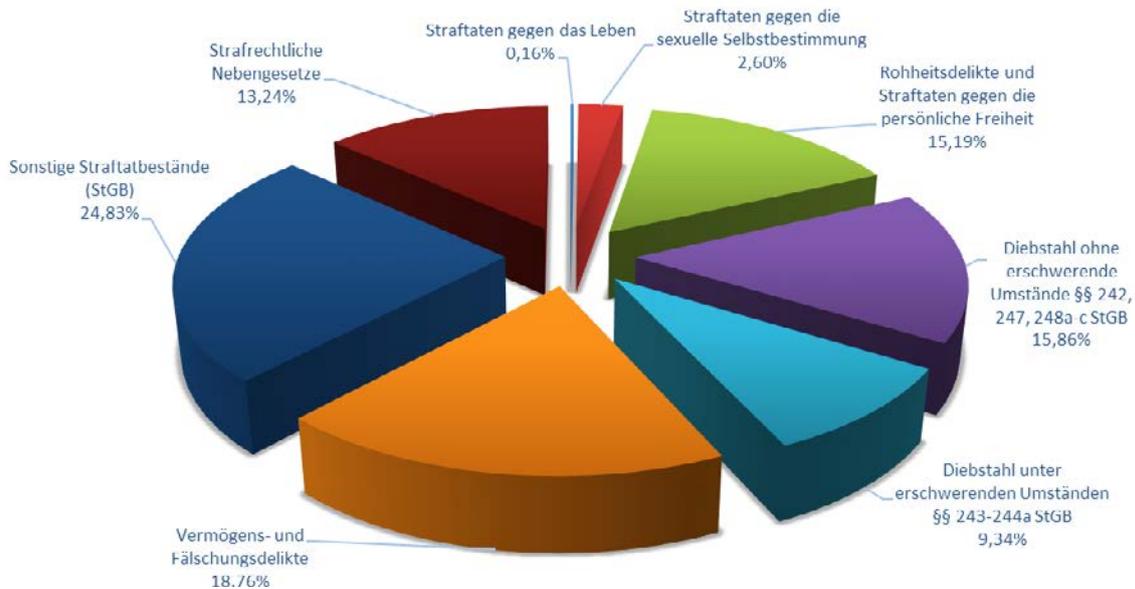
Zu erwähnen ist, dass der Anteil der versuchten Einbrüche mit 51 Versuchshandlungen der 101 Taten bei 50,50 % lag. Es handelte sich dabei um den höchsten Anteil der vergangenen zehn Jahre. Dieser Umstand ist sicherlich dem immer besser werden Schutz der Häuser gegen Einbruch zuzurechnen und damit nicht zuletzt auch der Präventionsarbeit der Polizei.

Betrug: Schockanrufe und Enkeltrick

Das Phänomen der Schockanrufe im Bereich Betrug nahm im Jahr 2021 deutlich zu. Während 2020 exakt 40 Taten verzeichnet wurden, stieg die Anzahl im Jahr 2021 um 230 auf insgesamt 270 Straftaten.

Einen Anstieg von 39 auf 54 Straftaten verzeichnete auch der sogenannte Enkeltrick, wohingegen die Gewinnversprechen von 74 um 48 auf 26 Straftaten zurückgingen. Auch die Zahl im Bereich der sogenannten „falschen Polizeibeamten“ nahm ab: Waren es 2020 noch 333 Straftaten, verzeichnete die Polizei für das Jahr 2021 genau 153 Fälle.

VERTEILUNG DER STRAFTATEN IN DER PI HEIDEKREIS NACH DELIKTSARTEN



ROLLE DER POLIZEI IM STRAFVERFAHREN

Am Anfang steht die Strafanzeige. Wie geht es danach weiter?



Regelmäßig erreichen die Pressestellen der Polizeiinspektionen und der Polizeidirektion Lüneburg Nachfragen zu laufenden Strafverfahren. Häufig können oder dürfen sie zu bestimmten Verfahren allerdings keine Auskunft geben. Dies liegt an den gesetzlichen Aufgaben der Polizei in Strafverfahren. Diese strafrechtlichen Vorschriften sind den Fragestellern häufig nicht oder nicht im Einzelnen bekannt. In diesem Beitrag wird der standardisierte Ablauf eines Strafverfahrens in groben Zügen dargestellt und somit auch die Rolle der Polizei innerhalb dieses Verfahrens deutlich gemacht.

I. Zweck des Strafverfahrens

Das Strafverfahren verfolgt im Wesentlichen die Ziele der Wahrheitsfindung, der Rechtsstaatlichkeit und des Rechtsfriedens.

Das Verfahren dient zunächst der Ermittlung der Wahrheit. Hierzu wird der Sachverhalt, wie er sich tatsächlich abgepielt hat, möglichst umfassend aufgeklärt, um eine materiell zutreffende Entscheidung zu ermöglichen. Das Verfahren soll darüber hinaus rechtsstaatlich verlaufen, d. h. niemand

soll unverhältnismäßigen Eingriffen von staatlicher Seite ausgesetzt sein. Hierzu dienen auch Prozessregelungen, wie die Garantie des rechtlichen Gehörs und der Anspruch auf den gesetzlichen Richter. Schließlich bezweckt das Verfahren durch eine abschließende und verbindliche Entscheidung die Geltung der Rechtsordnung zu unterstreichen und hierdurch den Rechtsfrieden zu fördern.

II. Ermittlungsverfahren

Für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bedarf es zunächst zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat (Anfangsverdacht).

Jedermann ist befugt bei der Staatsanwaltschaft, der Polizei oder einem Gericht mündlich oder schriftlich eine Straftat anzuzeigen. Darüber hinaus sind die Ermittlungsbehörden beim Vorliegen eines Anfangsverdacht zur Einleitung des Ermittlungsverfahrens „von Amts wegen“ verpflichtet. Das Ermittlungsverfahren richtet sich gegen eine beschuldigte Person, auch wenn diese ggf. noch unbekannt ist.

Das Ermittlungsverfahren wird von der Staatsanwaltschaft als „Herrin des Verfahrens“ geleitet. Im Auftrag der Staatsanwaltschaft führt regelmäßig die Polizei den überwiegenden Teil der praktischen Ermittlungsarbeit durch. Mitarbeitende der Polizei wirken insoweit als Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft (§ 152 Gerichtsverfassungsgesetz) in diesem Abschnitt des Strafverfahrens mit.



Ziel des Ermittlungsverfahrens ist es, den Sachverhalt aufzuklären und hierbei nicht nur belastende Beweise, sondern auch entlastende Beweise zu identifizieren. Hierzu stützen sich die Polizei und die Staatsanwaltschaft auf die insbesondere in den §§ 81–163 der Strafprozessordnung (StPO) geregelten Ermittlungsmaßnahmen. Die Identitätsfeststellung und Vernehmungen von Zeugen¹ respektive Beschuldigten, die Fertigung von Lichtbildern und Fingerabdrücken, Durchsuchungen oder aber auch die Telekommunikationsüberwachung seien an dieser Stelle nur exemplarisch genannt.

Das Ermittlungsverfahren endet, sobald die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen für ausreichend hält. Bei hinreichendem Tatverdacht, also wenn eine Verurteilung zu erwarten ist, erhebt sie Anklage (§ 170 Abs. 1 StPO) bzw. stellt sie Antrag auf Strafbefehl (§ 407 StPO).

Anderenfalls kann sie das Verfahren aufgrund fehlender Verurteilungswahrscheinlichkeit vor Gericht („mangels genügenden Anlasses zur Klageerhebung“ gem. § 170 Abs. 2 StPO) oder aufgrund Geringfügigkeit (§§ 153 ff. StPO) einstellen.

Auch die Verjährung von Straftaten, die fehlende Schuldfähigkeit von Beschuldigten oder ein fehlender Strafantrag (sofern dieser notwendig gewesen wäre) sind mögliche Ursachen für eine Einstellung.

Des Weiteren kann die Staatsanwaltschaft in Ermangelung eines öffentlichen Interesses auf den Privatklageweg verweisen. Diese Möglichkeit kommt nur bei abschließend katalogisierten, weniger gravierenden Straftaten (z. B. Hausfriedensbruch, Beleidigung, Sachbeschädigung) in Betracht.

Spätestens bei Abschluss der Ermittlungen gewährt die Staatsanwaltschaft dem gegebenenfalls beauftragten Verteidiger Akteneinsicht.

III. Zwischenverfahren

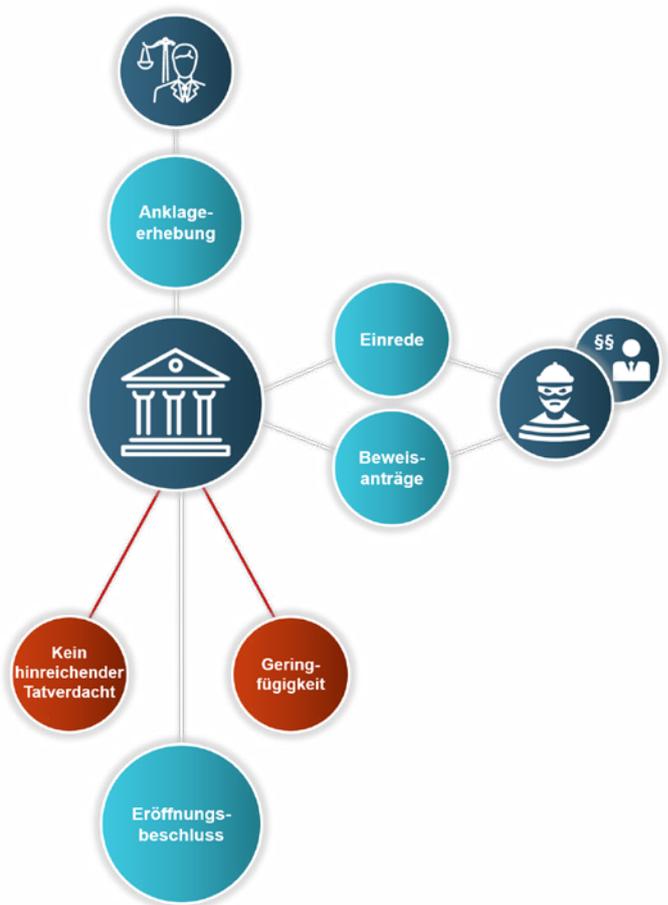
Nach Eingang der Anklageschrift entscheidet das Gericht im Zwischenverfahren, ob das von der Staatsanwaltschaft beantragte Hauptverfahren eröffnet wird. Das Verfahren liegt somit nunmehr in den Händen des Gerichtes.

Bereits mit der Anklageerhebung wird der Beschuldigte zum Angeschuldigten.

Dieser erhält nach Mitteilung der Anklageschrift die Gelegenheit zur Einrede oder Stellung weiterer Beweisanträge.

Das Gericht prüft unabhängig die Akten und entscheidet auf Grundlage der vorgelegten Beweislage, ob aus seiner Sicht ein hinreichender Tatverdacht gegen den Angeschuldigten besteht oder nicht.

¹ Die StPO verwendet nur die männliche Form. Dieser Text folgt der gesetzlichen Formulierung. Gemeint sind aber alle Menschen.



Wird kein hinreichender Tatverdacht begründet, lehnt das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens ab.

Das Gericht kann auch im Falle eines hinreichenden Tatverdachts das Zwischenverfahren mit der Einstellung wegen Geringfügigkeit beenden. Ansonsten erlässt das Gericht bei hinreichendem Tatverdacht den Eröffnungsbeschluss, der in das Hauptverfahren leitet.

IV. Hauptverfahren

Das Hauptverfahren verbleibt in den Händen des Gerichtes. Mit dem Eröffnungsbeschluss wandelt sich der Begriff des Angeschuldigten zum Angeklagten.

Nach der entsprechenden Vorbereitung beginnt die Hauptverhandlung grundsätzlich mündlich und öffentlich vor dem zuständigen Gericht. In der Hauptverhandlung können auch Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamten als Zeugen vernommen werden.

Der Gang der Hauptverhandlung ist gesetzlich in der StPO geregelt. An ihrem Ende entscheidet das Gericht ob der Tatvorwurf berechtigt ist oder nicht. Daraus ergeben sich entweder die Verurteilung oder der Freispruch.

Das Urteil wird im Stehen und öffentlich, ausdrücklich „im Namen des Volkes“ verkündet. Die Urteilsgründe werden

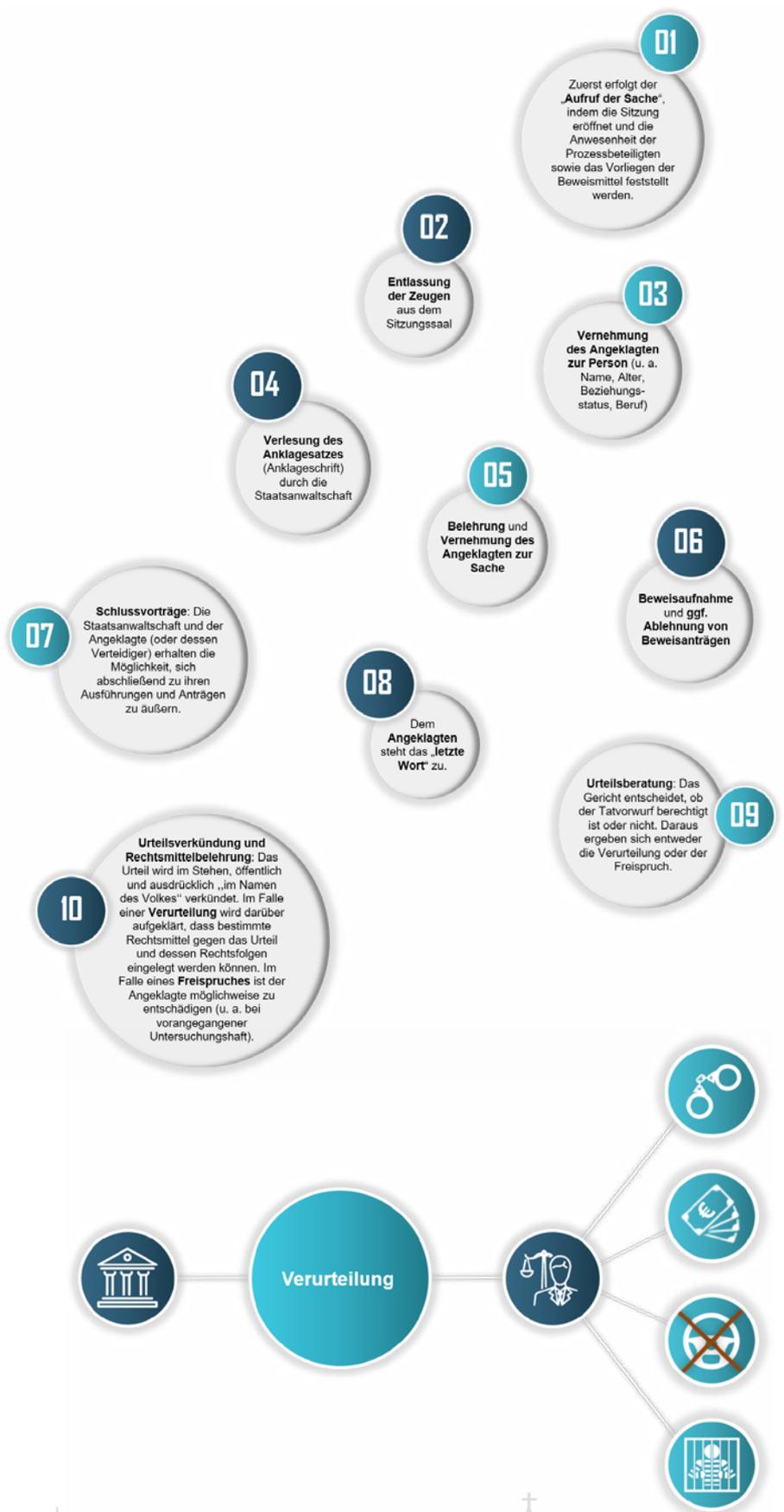
mitgeteilt und es wird darüber aufgeklärt, welche Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt werden können. Im Falle eines Freispruches ist der Angeklagte möglicherweise zu entschädigen (u. a. bei vorangegangener Untersuchungshaft).

Mit der Urteilsverkündung wird die Hauptverhandlung geschlossen.

Sofern das Urteil rechtskräftig wird – das heißt, wenn keine Berufung oder Revision eingelegt wird bzw. diese abgelehnt werden – endet das Hauptverfahren und geht in das Vollstreckungsverfahren über.

V. Vollstreckungsverfahren

Das Vollstreckungsverfahren richtet sich gegen den nunmehr Verurteilten. Ziel ist die Durchsetzung der aus der Verurteilung erwachsenen Rechtsfolgen (u. a. Freiheitsstrafe, Bewährungsstrafe, Sicherungsverwahrung, Geldstrafe, Berufsverbot, Fahrverbot). Dies übernimmt grundsätzlich die Staatsanwaltschaft als zuständige Vollstreckungsbehörde. Einen weiteren wesentlichen Teil des Vollstreckungsverfahrens bildet der Strafvollzug.



MODERNES ZENTRALLABOR IN DER HEIDE

Zukunftsweisende Kriminaltechnik am Standort der Polizeiinspektion Heidekreis

Was vor Jahren noch undenkbar erschien, ist heute unverzichtbar: Auf etwa 250 Quadratmetern erstrecken sich im Gebäude der Polizeiinspektion an der Böhmeide in Soltau Laborräume des Fachkommissariats

5. Das achtköpfige Spezialistenteam der Kriminaltechnik verfügt hier unter anderem über zwei DNA-Trockenräume mit vorgelagerter Schleuse, ein nass-chemisches Labor sowie einen mit besonderen Wand- und Bodenbelägen ausgekleideten separaten Raum.

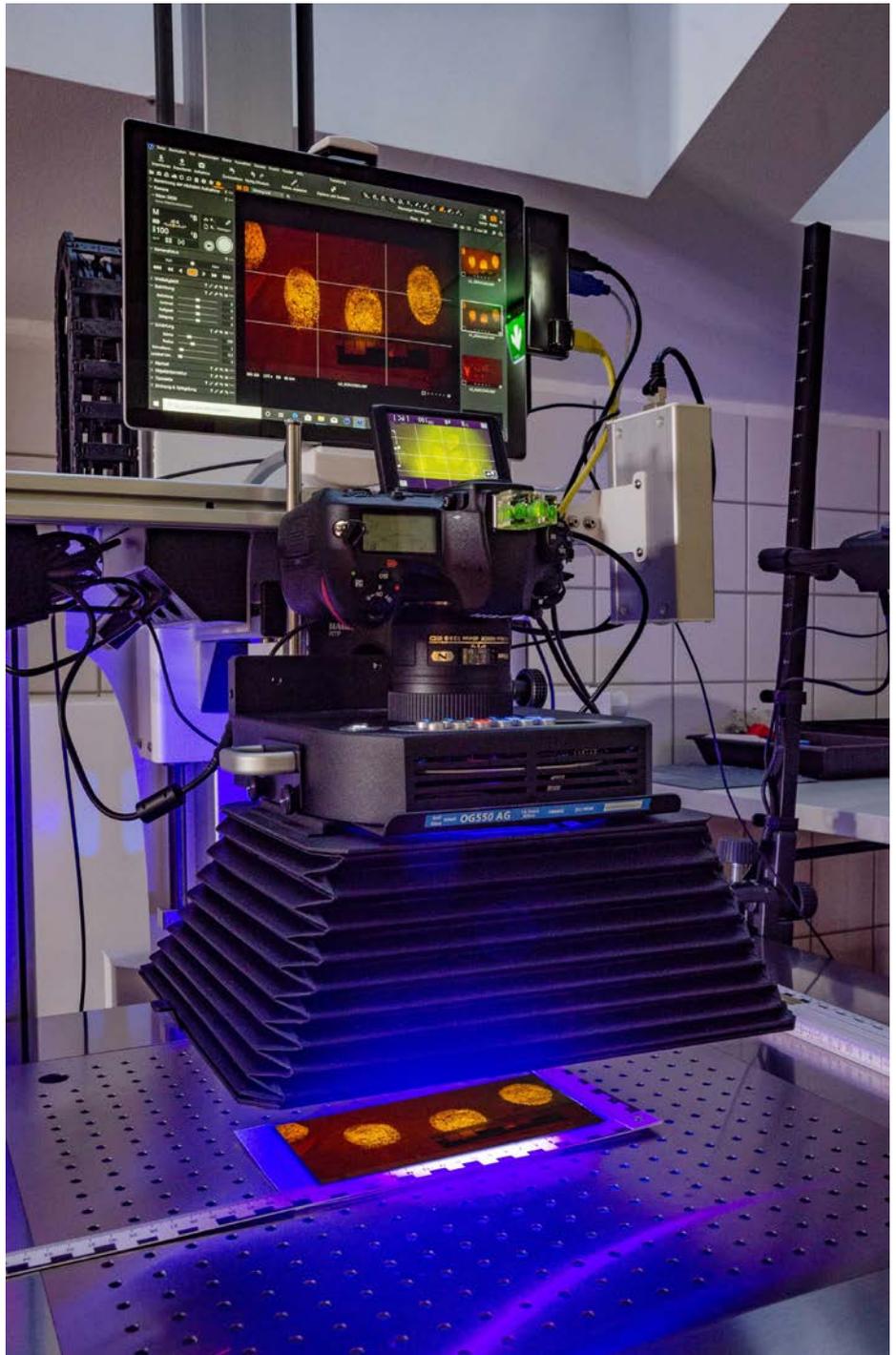
Fristete der Bereich vor 20 Jahren noch ein eher unbedeutendes Dasein, so hat er mittlerweile an Wichtigkeit, Größe und Profil erheblich zugenommen. Dieses ist im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Wissenschaft dem Umstand geschuldet, dass die Kriminaltechnik heutzutage einen höheren Stellenwert einnimmt als noch vor einigen Jahren und ihr insbesondere bei Gerichtsverfahren eine immer größere Bedeutung zukommt. Zur objektiven Beurteilung eines Tatbestandes ist neben Zeugenaussagen die Erhebung von Sachbeweisen entscheidend: Fingerabdrücke, Schuhendruck- oder abdruckspuren, Werkzeugspuren, aber auch insbesondere Sekretspuren, Haare und Hautpartikel spielen eine immer wichtigere Rolle.

Insgesamt investierte das Land Niedersachsen Finanzmittel in Höhe von circa 400.000 Euro in bauliche Veränderungen sowie in Labormöbel und Laborausstattung.

„Das war ein wichtiger Schritt in die Zukunft“ konstatiert Polizeidirektor Stefan Sengel und ergänzt, „dass die Polizeiinspektion in Soltau seitdem über zukunftsweisende Kriminaltechnik verfügt“.

Das Thema wirft die Frage auf, warum ein Zentrallabor im Heidekreis und was passiert dort überhaupt?

Vereinfacht könnte man sagen, dass in den neuen Laborräumen Spuren vorpräpariert werden, um sie anschließend an das Landeskriminalamt (LKA) zu übersenden. Hierdurch



Visualisierungseinheit mit speziellem Absaugtisch für Feinstäube, hochintensives LED u. UV-Licht zur Betrachtung und Fotografie von fluoreszierenden Beweismitteln



sollen Transporte von original Spurenlägern vermieden und zusätzliche Aufwände der Spurensicherung im LKA entbehrlich werden. Das LKA wird entlastet, Wartezeiten werden reduziert. Im Klartext heißt das, dass an einem Spurenläger – zum Beispiel einem Geldschein – Fingerabdrücke und DNA gesichert und zum LKA gesandt werden, anstatt den Geldschein zum LKA zu schicken, um erst dort alle Spuren sichern zu lassen. Das ist effektiver, spart Zeit und Kosten.

Entwicklung

Bereits mit dem Umbau des Bereichs der Kriminaltechnik im Jahr 2017 wurde vorausschauend der Grundstein für ein kriminaltechnisches Zentrallabor gelegt. Dazu beschaffte man spezielle Apparaturen sowie forensische Lichtquellen, IT und Mobiliar. So ist es heute beispielsweise möglich, mit einem speziellen Verfahren Spuren auf Falschgeld zu erkennen, die vorher unsichtbar geblieben wären.

Die neuen Untersuchungsmethoden sind äußerst komplex. Dies war der Anstoß, sie in einem Zentrallabor im Heidekreis für die ganze Polizeidirektion und ihre Inspektionen zu etablieren. 2019 begann man zur Bündelung von kostenintensiven Untersuchungsmethoden schließlich, den bereits vorhandenen Laborbereich zum Zentrallabor umzubauen.

Für die erwarteten 2.500 Spurenläger jährlich wurde durch das zuständige Fachkommissariat ein komplett neuer „Workflow“ entwickelt. Das Konzept umfasst den Versand, die Vorgangs- und Asservatenerfassung, die Dokumentation von Untersuchungsschritten, die fotografische Aufbereitung und Auswertung der Spuren, QS-Fragen und vieles mehr.

Ninhydrintauchbadverfahren

Ergänzend steht ein nass-chemisches Labor zur Verfügung, in dem unter anderem sogenannte saugende Spurenläger (z. B. Dokumente und Falsifikate) mittels Ninhydrintauchbadverfahren zur Sichtbarmachung von daktyloskopischen Spuren behandelt werden können.

Seit November 2020 erfolgt nun zentral die nasschemische Fingerspurenicherung im hiesigen Zentrallabor für alle Inspektionen in der Polizeidirektion Lüneburg.



DNA-Abpräparation
Bildhintergrund: Cyanacrylatbedampfungsschrank





Das Team der Kriminaltechnik wurde im Zentrallabor durch zwei neue Mitarbeiterinnen verstärkt. Um den speziellen Untersuchungsmethoden gerecht zu werden sind mit Frau Schoof und Frau Focke eine chemisch-technische Assistentin und eine Fotografin eingestellt worden.

Die beiden separat durchzuführenden Spurensicherungsmethoden **Ninhydrintauchbadverfahren** und **Indandion-Zink-Verfahren** unterscheiden sich im Kern dadurch, dass zum einen die Fingerspuren ohne Hilfsmittel sichtbar sind und fotografiert werden können und zum anderen die latenten Fingerspuren mittels forensischem Licht zum Leuchten angeregt und dann mittels spezieller Filter beweiskräftig fotografiert werden. Durch den Einsatz beider Spurensicherungsmethoden an jedem Spurenträger ist das Fingerspurenauftreten signifikant höher und somit die Ermittlung einer Täterin bzw. eines Täters wahrscheinlicher.

Indandion-Zink-Verfahren

Im Rahmen der Pilotierung zur Zentralisierung der nasschemischen Fingerspurenicherung erfolgt zeitnah durch das LKA die Auditierung der neuen Spurensicherungsmethoden im Sprüh- und Tauchbadverfahren mittels Indandion-Zink. Bei dieser Methode fluoresziert die Fingerspur, angeregt mittels spezieller forensischer Lichtquelle, und wird mit einer Visualisierungseinheit digitalfotografisch gesichert.

Der Wirkbetrieb des Zentrallabors zur nasschemischen Fingerspurenicherung – einschließlich Bildbearbeitung inklusive Stellung eines Untersuchungsantrags – ist für das 2. Quartal 2022 beabsichtigt.

Die beiden genannten Spurensicherungsmethoden werden am Spurenträger nacheinander angewendet. Dadurch erwartet man mindestens eine Verdoppelung sichtbargemachter Fingerspuren.

„Leukokristallviolett wurde von uns landesweit bei mehreren Kapitalverbrechen erfolgreich eingesetzt.“

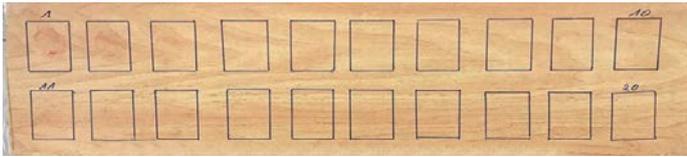
Michael Reiter,
Leiter Fachkommissariat 5

Weitere kriminaltechnische Spurensicherungsmethoden und -ausstattungen

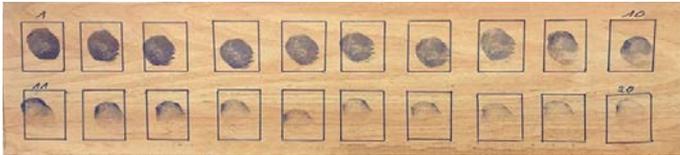
Oftmals ereignen sich Kapitalverbrechen als Beziehungstat im häuslichen Bereich. In derartigen Fällen sind überall in den Räumen sowohl die Fingerabdrücke als auch die DNA der Beteiligten naturgemäß vorhanden, was eine besondere kriminalistische Herausforderung darstellt.

In solchen Fällen nutzen die Kriminaltechniker im Heidekreis eine ganz besondere Methode zur Sicherung der Spur: Leukokristallviolett. Es macht latent blutige Spuren sichtbar und ermöglicht dadurch die Sicherung des Blutes zwecks DNA-Untersuchung. Da Leukokristallviolett lediglich mit Blut reagiert, kann eine verdächtige Person nur schwerlich erklären, warum gerade ihr Fingerabdruck im Zusammenhang mit dem Blut des Opfers vorgefunden wurde.

Versuchsreihe mit blutigem Daumenabdruck auf Holzbrett



Blutiger Daumenabdruck hintereinander in alle Felder



Holzbrett nach der Anwendung mit Leukokristallviolett

Für die altbekannte Sicherung von Spuren mit Rußpulver steht den Technikerinnen und Technikern ein Feinstaub- und Rußpulververarbeitungsbereich zur Verfügung.

Darüber hinaus ist ein Raum für Spurenkonferenzen mit großflächigem Bildschirm zur Visualisierung von Tatorten und Spuren mittels Spheron (360-Grad-Tatortfotografie) und sonstiger Medien eingerichtet worden.

Im modernisierten Fotolabor können Asservate digitalfotografisch gesichert und, wie Schwarzfolien von Schuhsohlenabdrücken auch, an zwei professionellen Bildbearbeitungsplätzen im automatisierten Verfahren effizient aufbereitet werden.

Nach Einführung des Zentrallabors in der Polizeiinspektion Heidekreis wurden Arbeitsabläufe verkürzt, Spurensicherungsmethoden optimiert, Qualitätsstandards verbessert und zahlreiche Spurentransporte entbehrlich.

Das Spezialistenteam freut sich sehr, den nun erweiterten Leistungsumfang der Kriminaltechnik für die Kolleginnen / Kollegen im Hinblick auf eine beweiskräftige Täterermittlung / Tataufklärung durch moderne und umfängliche Spurensicherungsmethoden bieten zu können.

Neben den besseren Untersuchungsergebnissen ist mittel- und langfristig mit der Einsparung monetärer und personeller Ressourcen zu rechnen, die zukünftig anderweitig genutzt werden können.



FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ

Widerstandskraft und demokratisches Selbstverständnis stärken!

„Wir dürfen die freiheitliche Demokratie nicht als selbstverständlich nehmen, dies lehrt uns die Geschichte. Die Polizei als Vertreterin der Exekutive muss stets wachsam sein und aktiv für den Erhalt der Demokratie eintreten. Indem wir ihre Werte aktiv leben, uns mit ihr und unserem Handeln selbstkritisch auseinandersetzen, schützen und bewahren wir sie. (...)“, so Polizeipräsident Thomas Ring bei der Eröffnungsveranstaltung der Wanderausstellung „Freunde-Helfer-Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“ im September 2021 in Lüneburg.

Der Polizeidirektion Lüneburg hat einen Schwerpunkt daraufgelegt, das freiheitlich-demokratische Selbstverständnis der Menschen innerhalb und außerhalb der Polizei zu bewahren und die Widerstandsfähigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber demokratiegefährdenden Einflüssen zu stärken. Es braucht vor allem Mitarbeitende, die auf der Grundlage eines „gesunden“ Demokratieverständnisses zum Gegenhalten befähigt, ermutigt und sich der eigenen Verantwortung bewusst sind.



Aus diesem Grund war es Polizeipräsidenten Thomas Ring eine besondere Freude die oben genannte Wanderausstellung im Museum Lüneburg präsentieren zu können.

Die öffentlich zugängliche Wanderausstellung legte den Fokus ausdrücklich auf die historische Entwicklung und die Veränderung der Polizei in der Weimarer Republik. Sie zeigte anhand von originalen Exponaten aus der Sammlung des Polizeimuseums Niedersachsen und von Privatpersonen, wie eine demokratisch geprägte, bürgernahe Polizei ihre Werte und Normen zwischen den blutigen Straßenkämpfen der politischen Parteien der Weimarer Republik zu verteidigen versuchte und schließlich durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten in eine vollkommen andere Rolle gedrängt wurde.

Dabei lag der Schwerpunkt der Ausstellung, die für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich war, auf den Regionen des heutigen Niedersachsens.



v.l.n.r. Polizeivizepräsident Hans-Jürgen Felgentreu, Polizeipräsident Thomas Ring, Leiterin des Museums Lüneburg Prof. Dr Heike Düselder, Lehrbeauftragter für Polizeigeschichte Dr. Dirk Götting (Polizeiakademie Niedersachsen)

Zusätzlich zur Wanderausstellung fanden mehrere Themenabende, teils mit regionalem Bezug, statt.

Frau Dr. Carola Rudnick, wissenschaftlich-pädagogische Leiterin der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, referierte beispielsweise über „Euthanasie und Polizei? – Zwischen Beteiligung und Betroffenheit“. Sie hat einen bewegenden Einblick in die damalige Geschichte gezeigt und dabei deutlich gemacht, dass an der Entrechtung von Psychiatriepatientinnen und -patienten im Nationalsozialismus nicht nur Mediziner beteiligt waren. Der Vortrag löste bei den Teilnehmenden vor allem Betroffenheit aus.



Darüber hinaus hat die Polizeidirektion Lüneburg noch viele weitere Maßnahmen ergriffen oder in Planung, um hier „den Fokus zu schärfen“.

Im Juni 2021 führte sie z.B. eine **Veranstaltung** zu der Thematik **„Demokratische Resilienz gegen extremistische Einflüsse“** durch. Mit der Vortragsreihe wird die Handlungssicherheit im Umgang mit diskriminierenden, extremistischen sowie populistischen Äußerungen gefördert. So soll nach innen gehandelt, aber auch nach außen gewirkt werden. Für die Veranstaltung konnten namenhafte externe Referierende gewonnen werden, welche die Themen

- „Argumentieren gegen Parolen und Populismus“,
- „Racial Profiling und Rassismus allgemein“ sowie
- „Rechtsextremistische WhatsApp-Chatgruppen bei der Polizei“

aufgriffen.

Die Vorträge bezogen sich auf praxisnahe Beispiele der Polizeiarbeit und verdeutlichten die Wichtigkeit, sich mit der demokratischen Resilienz zu beschäftigen.

Um sie allen Mitarbeitenden zugänglich zu machen, wurden die Vorträge aufgezeichnet und in das polizeiinterne soziale Netzwerk eingestellt.

Außerdem wurden im Rahmen einer Fortbildungsreihe der Polizeiakademie Niedersachsen sogenannte

Demokratiepatinnen und –paten

aus unseren sechs Polizeiinspektionen und der Zentralen Kriminalinspektion ausgebildet. Deren Aufgabe ist nun u.a. Handlungssicherheit im Umgang mit diskriminierenden, extremistischen sowie populistischen Äußerungen zu vermitteln und gleichzeitig die Sensibilisierung zum Thema zu fördern.

Indem wir demokratische Werte aktiv leben, uns mit ihnen und unserem Handeln selbstkritisch auseinandersetzen, schützen und bewahren wir die Demokratie.





PRÄVENTION

DIE PRÄVENTIONSPUPPENBÜHNE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Die Präventionspuppenbühne der Polizeidirektion Lüneburg bietet Kindergärten und Grundschulen ein Präventionsprogramm an, bei dem das emotionale und soziale Lernen und das Vermitteln von Handlungskompetenzen in Konflikten, die Sicherheit im Straßenverkehr und Grundkenntnisse für den Umgang mit dem Internet im Mittelpunkt stehen.

Zielgruppe sind Kinder von der Vorschule bis hin zur vierten Grundschulklasse in den Landkreisen Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Rotenburg (Wümme), Stade und Uelzen. Daneben hat die Puppenbühne ein Programm speziell für Seniorinnen und Senioren im Angebot. In über 200 Veranstaltungen werden über 13.000 große und kleine Zuschauerinnen und Zuschauer jährlich erreicht.

Folgende Stücke werden gespielt:

Das Rätsel der gelben Füße (Vorschulalter)

Die pfiffige Maus Frieda und der gemütliche Hofhund Herr Meier genießen ein herrliches Leben auf dem Land. Eines Morgens entdeckt Frieda in der Zeitung ein Foto von gelben Fußspuren in der Stadt. Wo kommen die gelben Füße nur her und vor allem – warum sind sie überhaupt da?!

Beide wittern einen Kriminalfall und machen sich auf eine Reise in die Stadt, um das Rätsel der gelben Füße zu lösen. Dabei lernen nicht nur die Beiden, wo und wie man am sichersten über eine Straße kommt.

Doch wem gehört nur der gelbe Gummistiefel und warum klebt da gelbe Farbe dran? Was macht „Matze das Zebra“ im Stadtpark? Da hilft nur eines: eine Stiefelbesitzerertapungsfalle!

Das Stück vermittelt zukünftigen Schulanfängerinnen und -anfängern wichtige Grundregeln im Straßenverkehr.

Jan & Tina „Wissen um Gefühle“ und „Umgang mit Konflikten“ (2. Klasse)

Das Angebot umfasst ein Präventionsprogramm, in dem das emotionale und soziale Lernen sowie das Vermitteln von Handlungskompetenzen in Konflikten im Mittelpunkt stehen.

In den ersten beiden Unterrichtsstunden erleben die Kinder mit den Hauptfiguren Jan und Tina alltägliche Situationen, die mit unterschiedlichen Gefühlen zu tun haben. Die Kinder erkennen in kleinen Puppenspielsequenzen sechs Grundge-

fühle (traurig-fröhlich, ängstlich-mutig, ärgerlich-lustig). Sie erweitern ihr Wissen um Gefühle auf spielerische Art und Weise. Unter Einbindung verschiedener Arbeitsmaterialien lernen sie Gefühle bei sich und anderen zu erkennen und zu benennen.

In zwei weiteren Unterrichtsstunden steht das Thema Streit im Vordergrund. Die Kinder sehen wie die Freunde Jan und Tina sich darum streiten, wer ins Tor geht und dass beide ohne Klärung ärgerlich den Spielplatz verlassen. Jetzt können die Kinder ihr Wissen um Gefühle gut gebrauchen, um Jan und Tina zu helfen. In Kleingruppen werden die Kinder angeregt, Lösungsvorschläge zu entwickeln. Sie präsentieren diese anschließend in kleinen Schauspielsequenzen. Eine Versöhnung der Freunde kann herbeigeführt werden. Dadurch werden die Handlungskompetenzen in Konflikten und das Selbstbewusstsein der Kinder gestärkt. Als echte „Meisterin der Gefühle“ oder als echter „Meister der Gefühle“ hat jedes Kind einen Orden und die Klasse eine Urkunde verdient.

Du darfst es sagen (2.Klasse)

Bei dem Projekt „Du darfst es sagen“ handelt es sich um die Umsetzung des Themas Häusliche Gewalt in Form eines Koffertheaters. Der daraus entstandene Film kann in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund Lüneburg im Unterricht der 2. Klassen eingesetzt werden. Anhand von vier Szenen werden Situationen und deren Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Im Vordergrund steht, Kindern Hilfsangebote zu vermitteln, wie z.B. die bundesweite Nummer gegen Kummer.





Ihre Ansprechpersonen:

Hanna Sterner | Kai Lührs

**Präventionspuppenbühne
Polizeidirektion Lüneburg - Dezernat 11 –**

Auf der Hude 2 21339 Lüneburg

Tel.: 04131 8306 - 11 11

E-Mail: praeventionspuppenbuehne@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

Netz-Dschungel (4. Klasse)

Die Zuschauerinnen und Zuschauer erleben mit dem 10-jährigen Tobias eine Reise durch das weltweite Internet. Symbolisch wird die Reichweite des Internets mittels Tierfiguren aus verschiedenen Ländern bzw. Kontinenten dargestellt. Er begegnet z.B. dem lustigen Pinguin aus der Antarktis, dem Didgeridoo spielenden Känguru Arnie aus Australien oder einem plappernden Papageien aus dem südamerikanischen Regenwald.

Tobias taucht immer weiter ins World-Wide-Web ein. Bei seiner Netzreise glaubt er, mit der hilfsbereiten, niedlichen Maus Trixi Freundschaft geschlossen zu haben und gibt unbedarft viele persönliche Daten von sich im Internet preis. Als Trixis Maske fällt und sie ihr wahres Gesicht zeigt werden virtuelle Wahrheiten in Frage gestellt, doch auf Tobias Schulfreund Mark und auf seine Mama ist wirklich Verlass.

In dem Stück werden erste wichtige Thematiken zur Mediensicherheit vermittelt.

„Kennen Sie schon Werner Kratzke?“ (Seniorinnen und Senioren)

In dem Programm für Lebenserfahrene werden den Zuschauerinnen und Zuschauern Tipps, Hinweise und Anregungen gegeben wie man sich speziell als älterer Mensch davor schützen kann, Opfer von Straftaten zu werden. Ablenkung und Täuschung sind dabei bevorzugte Tathandlungen mit denen die Täterinnen bzw. Täter das Geld oder die Wertgegenstände der älteren Menschen ergaunern oder stehlen wollen.

Begleitet wird der Kollege von seinen liebenswerten Puppen, die auf humorvolle und anschauliche Art und Weise von ihren Erfahrungen mit Betrugs- und Diebstahlsdelikten (z.B. Enkeltrick, Haustürgeschäften, Falscher Polizist) berichten.

DAS PRÄVENTIONSTEAM DER POLIZEIINSPEKTION HEIDEKREIS

Gefahrenabwehr und Verhütung von Straftaten stellen wichtige Kernaufgaben der Polizei dar. Vom Hauptsitz der Polizeiinspektion Heidekreis aus nimmt das breit aufgestellte Präventionsteam fundierte und zielgruppenorientierte Beratungen zu allen Kriminalitätsphänomenen im gesamten Landkreis wahr und steht durch Netzwerk- und Gremienarbeit im ständigen Austausch mit anderen Präventionspartnern.



Ihre **Ansprechpersonen** v.l.n.r.

Kriminalhauptkommissarin Kathleen Schwarz

Beauftragte für Kriminalprävention

Tel. 05191 9380-108

Polizeihauptkommissar Olaf Rothardt

Teamleiter Prävention | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 05191 9380-104

Kriminalhauptkommissarin Sandra Wendt

Beauftragte für Jugendsachen

Tel. 05191 9380-107

Polizeihauptkommissar Frank Rohleder

Verkehrssicherheitsberater

Tel. 05191 9380-109

Polizeioberkommissarin Johanna Lichte

Beauftragte für Jugendsachen

Tel. 05191 9380-107

praevention@pi-hk.polizei.niedersachsen.de

Im Verkehrssektor steht der **Verkehrssicherheitsberater (VSB)** und gleichzeitig Kontaktbeamte für die Stadt Soltau, Frank Rohleder, allen Altersgruppen mit Rat und Informationen zur Seite. Sandra Wendt und Johanna Lichte, als **Beauftragte für Jugendsachen (BfJ)**, informieren Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte zu allen jugendtypischen Themen und Kathleen Schwarz, als **Beauftragte für Kriminalprävention (BfK)**, ist für die Beratung zu technischen Sicherungsmöglichkeiten und allen Kriminalitätsphänomenen, die speziell Seniorinnen und Senioren betreffen, zuständig.

Im Herbst 2021 fusionierten der Bereich Prävention und das Sachgebiet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu einem Bereich unter der Teamleitung von Olaf Rothardt, der unter anderem damit die Koordination des Präventionsteams übernommen hat.

In der Fläche werden die Fünf von den überwiegend neu eingesetzten Kontaktbeamten unterstützt. So stehen den Bürgerinnen und Bürgern in Munster Holger Plehn, in Walsrode und Schwarmstedt Franziska Metelmann, in Bad Fallingbostel Götz Bockfeld und in Schneverdingen Kai Heuer als kompetente Ansprechpartner zur Seite.

**Frank Rohleder –
Verkehrssicherheitsberater**

Polizeihauptkommissar Frank Rohleder ist 56 Jahre alt, hat 1980 beim damaligen Bundesgrenzschutz angefangen, wechselte 1992 zur Landespolizei nach Soltau und ist seit etwa sechs Jahren Verkehrssicherheitsberater in der Polizeiinspektion





Aktionstag für Motorradfahrer auf dem Gelände des Heideparks

Heidekreis. Für den Bereich Soltau nimmt er darüber hinaus seit etwa 17 Jahren auch die Aufgaben eines Kontaktbeamten wahr. Insbesondere die Kleinsten unter den Einwohnern kennen ihn nur zu gut, da er Kindergärten und Grundschulen besucht, um den Nachwuchs auf den Straßenverkehr vorzubereiten oder Fahrräder auf Verkehrssicherheit hin zu überprüfen. Er legt viel Wert auf die verkehrserzieherische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. So sieht man ihn beispielsweise im täglichen Straßenverkehr mit Kindergartengruppen bei kurzen angeleiteten Spaziergängen, um das sichere Überschreiten der Fahrbahn einzuüben. Älteren ist er durch seinen Sport als Triathlet bekannt.

Zu seinen Tätigkeiten als VSB gehören insbesondere das Erarbeiten von Verkehrssicherheitskonzepten und -programmen sowie deren Unterstützung und Durchführung, das Mitwirken oder Initiieren von Verkehrssicherheitsaktionen oder -tagen sowie die Koordination der präventiven Verkehrssicherheitsarbeit. Hier führt er unter anderem das Projekt „Unfall – Pass auf!“ weiter, das 2012 für den Kreis auf Initiative der Polizei ins Leben gerufen und später auf die Autobahn ausgeweitet wurde.

Darüber hinaus arbeitet er mit Schulen zusammen, wirkt ggf. bei der Unterrichtsgestaltung sowie -durchführung mit und koordiniert die polizeilichen Maßnahmen zur Schulwegsicherung. Außerdem ist er Mitglied in der AG „Schulwegsicherung“ des Kreispräventionsrates.

Weiterhin organisiert er die Auftritte der Polizeipuppenbühne, sprüht die „Gelben Füße“ auf dem Schulweg auf, hält Vorträge zum Thema „Sicherer Schulweg“ vor Eltern künftiger Schülerinnen und Schüler sowie ist beim Seniorenprogramm „Fit im Auto“ als Referent vertreten. Neben vielen anderen hier nicht genannten Veranstaltungen führt er auch jährlich wiederkehrend einen kreisweiten Aktionstag für Motorradfahrende auf dem Gelände des Heideparks durch, um die Bikerinnen und Biker mit verschiedenen Handlingübungen auf einem Parcours fit für die Saison zu machen. Dabei wird er aktiv von Fahrschulen aus dem Landkreis Heidekreis mit ihren Zweiradtrainern, dem Landkreis Heidekreis, dem TÜV Nord und der Motorradstaffel der Johanniter Unfallhilfe unterstützt.

Mehr Infos unter: www.polizeifürdich.de
www.runtervomgas.de



www.dvr.de
www.bmvi.de
www.adac.de
www.adfc.de
www.deutsche-verkehrswacht.de

Sandra Wendt und Johanna Lichte – Beauftragte für Jugendsachen

In der Polizeiinspektion Heidekreis werden die Aufgaben der Beauftragten für Jugendsachen durch Kriminalhauptkommissarin Sandra Wendt und Polizeioberkommissarin Johanna Lichte wahrgenommen. Beide waren bereits von 2009 bis 2011 gemeinsam im Tatortdienst¹ der Polizeiinspektion Heidekreis tätig und agieren auch bei den Aufgaben im Bereich der Kinder- und Jugendprävention als Team.



Sie sind Kooperations- und Ansprechpartnerinnen für alle Belange in Zusammenhang mit „Kinder- und Jugendprävention“, sowohl intern als auch in der Außendarstellung. Dazu gehört u.a. auch das Mitwirken in verschiedenen Arbeitsgruppen, z. B. des Kreispräventionsrates.



¹ Gruppe zur Aufnahme und Sicherung höherwertiger Straftaten und der dazu gehörigen Tatorte

Sandra Wendt leitet hier die Arbeitsgruppe „Sucht“, Johanna Lichte ist Mitglied der AG „Schulschwänzer“ und der AG „Medienkompetenz“. Aus diesen Arbeitsgruppen heraus werden Präventionskonzepte entwickelt und umgesetzt. So findet beispielsweise alle zwei Jahre, organisiert vom „Arbeitskreis Signale“ (Arbeitsgruppe außerhalb des Kreispräventionsrates) eine Fortbildungsveranstaltung für Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher statt. Letztmalig erfolgte dies 2019 zum Thema „Systemsprenger“.

Kinder- und Jugendpräventionsarbeit geht nur gemeinsam, daher steht bei diesen Veranstaltungen auch der Austausch und das Netzwerken im Vordergrund.

Zum Hauptaufgabenbereich der BfJ gehört die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen direkt und im persönlichen Austausch. Beide Polizeivollzugsbeamtinnen gehen dabei nicht mit dem erhobenen Zeigefinger durch die Schulen, sondern versuchen mit den Kindern und Jugendlichen in das persönliche Gespräch zu kommen, aufzuklären und somit auch direkt evtl. vorhandene Ängste vor der Polizei abzubauen.

Ein Schwerpunkt der Kinder- und Jugendprävention lag 2021 darin, die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen zu verbessern und zu stärken.

Insbesondere im Jahr 2021 hat das Smartphone bei Kindern und Jugendlichen nochmal an Bedeutung zugenommen. Die

Frau Lichte, warum sind Sie heute hier?

Ich bin heute hier, damit ihr lernt, wie ihr euch in bestimmten Situationen richtig verhalten könnt, damit ihr nicht Opfer oder Täter von Straftaten werdet.

Ach so.

Außerdem möchte ich euch gerne erklären was ihr tun könnt, um im Falle einer Straftat eine richtig gute Zeugin oder ein richtig guter Zeuge zu sein.

Super! Ich hab' da auch schon mal etwas erlebt.



meisten Kinder bekommen bereits in der dritten Klasse ihr eigenes Smartphone. Eine Entwicklung, die durch Sandra Wendt und Johanna Lichte durchaus kritisch gesehen wird, da es in Verbindung mit der Nutzung von WhatsApp & Co. häufig zu Straftaten kommt, die u.a. aufgrund von Unwissenheit und fehlender elterlicher Begleitung begangen werden.

Je nach Jahrgangstufe gibt es zu diesem Thema verschiedene Konzepte, die Sandra Wendt und Johanna Lichte in den Schulen umsetzen. Insgesamt werden jährlich ca. 1.300 Schülerinnen und Schüler – von der dritten Klasse bis zur Berufsschule – zum Thema Internetsicherheit und Cybermobbing unterrichtet und sensibilisiert.

Da 2021 pandemiebedingt viele Präsenzveranstaltungen nicht durchgeführt werden konnten, erstellte Johanna Lichte eine elektronische Vorlage mit Informationen und kurzen Videobotschaften zum Thema Internetsicherheit und Cybermobbing.

Kathleen Schwarz – Beauftragte für Kriminalprävention

Kriminalhauptkommissarin Kathleen Schwarz ist seit Herbst 2021 im Team und löste Kriminalhauptkommissarin Eva Peukert ab, die Ende August in den Ruhestand verabschiedet wurde. Bevor sie ins Team wechselte, begleitete sie über viele Jahre aktiv den Aufbau des Zentrallabors als Kriminaltechnikerin. Zu ihren Aufgaben zählt das Durchführen technischer Beratungen zum Einbruchschutz in privaten Haushalten und das Vermitteln von Verhaltenstipps zur Vorbeugung von Straftaten. Sie berät Firmen und Institutionen zu Sicherheitsfragen, hält Vorträge zu diesen Themen und präsentiert Sicherheitstechnik auf örtlichen Messen. Ihr Augenmerk gilt insbesondere dem Schutz älterer Menschen.



Es gibt zwei Schwerpunktthemen, denen sich der Bereich aktuell insbesondere widmet:

1. Wohnungseinbruchdiebstahl

Trotz sinkender Fallzahlen wurde und wird an der Fortführung von Informationsveranstaltungen und technischen Beratungen zur Vorbeugung von Einbrüchen festgehalten. Die Zahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik zeigen einen stetigen Anstieg der gescheiterten (derzeit mehr als 50%) Wohnungseinbrüche bei insgesamt rückläufigen Fallzahlen.

Dieser Umstand ist nicht zuletzt der kontinuierlichen Aufklärungsarbeit und der verbesserten Sicherungsvorrichtungen geschuldet. Informierte Hauseigentümerinnen und -eigentümer sowie Bauverantwortliche rüsten technisch nach und setzen bereits in der Planungsphase auf einbruchhemmende Bauelemente, was zukunftsgerichtet weiter dazu beiträgt, die Täterinnen und Täter von ihren Vorhaben abzubringen. Unter den pandemiebedingten Einschränkungen reduzierte sich die Zahl der Beratungen in privaten Haushalten.

2. Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Falsche Polizeibeamte, Enkeltrick und ähnliche, unter Vorpiegelung erfundener Legenden, begangene Betrügereien nahmen in 2021 auch im Heidekreis erneut zu. In Vorträgen und Informationsveranstaltungen in Vereinen, Einrichtungen und Organisationen wurden Seniorinnen und Senioren sowie weitere Ansprechpersonen über diese Masche aufgeklärt sowie für Gefahren im Internet und in anderen Lebensbereichen sensibilisiert. Auf Grund der verordneten Kontaktbeschränkungen musste leider ein Großteil der angedachten Veranstaltungen abgesagt werden. Die Informationen über gängige Tätermaschen erfolgten daraufhin in den örtlichen Printmedien und in sozialen Netzwerken. Im Ergebnis zeichnet sich ab, dass die Sensibilisierung der Bevölkerung Früchte trägt. 2021 blieben im Heidekreis gut 98% der Fälle, die der Polizei gemeldet wurden im Versuchsstadium stecken, in neun Fällen erlangten die Täterinnen und Täter jedoch Geld und / oder Wertgegenstände.

Mehr Infos unter:



<https://www.polizei-beratung.de/startseite-und-aktionen/>
<https://www.klicksafe.de/>
<https://www.netzdurchblick.de/>
<https://www.juuuport.de/beratung>
www.mobbing.seitenstark.de
www.internet-abc.de
www.internauten.de
www.jugendschutz.net
www.chatten-ohne-risiko.net
www.klick-tipps.net
www.jugendinginfo.de
<http://dierauchmelder.de/>

In den letzten Jahren haben die Betrugshandlungen mittels Telefon durch „falsche Polizeibeamte“, „Enkeltrick“ und ähnliche Varianten deutlich zugenommen. Auch im Bereich der Polizeiinspektion Heidekreis war diese Entwicklung festzustellen. Die Schadenssummen waren hoch, die betrogenen älteren Menschen verloren nicht selten fünfstelligen Geldbeträge und oft wurden diese Beträge vorher bei der Bank abgehoben.

Gemeinsam mit Vertretern der Kreissparkasse und der Volksbank haben wir öffentlichkeitswirksam einen Präventionsansatz vorgestellt.

Es handelt sich dabei um einen **Briefumschlag gegen Telefonbetrug**, auf dem sich konkrete Handlungsanweisungen für potentielle Opfer befinden. Er ist so strukturiert, dass er die gängigen Betrugsvarianten (falsche Polizeibeamte, Enkeltrick, Gewinnversprechen am Telefon und Schockanrufe) berücksichtigt. Dieser Umschlag soll dort präventiv wirken, wo von Täterseite so auf die Opfer eingewirkt wurde, dass die Bankmitarbeiter/-innen keinen Verdacht schöpfen (können).



Pressetermin mit Vertreterinnen und Vertretern der Volksbank und Kreissparkassen



Anhand des folgenden Beispiels wird deutlich, wie wichtig die Prävention durch Aufklärung von Seniorinnen und Senioren ist, um sie vor möglichen Vermögensschäden zu bewahren. Denn die Polizei erhält vielfach erst verspätet Kenntnis von Betrugsstraftaten, denen ältere Menschen zum Opfer fielen.

Anruf eines falschen Polizeibeamten in Soltau

Ein 81-jähriger Rentner erhielt mittags einen Anruf von einem angeblichen Polizeibeamten der örtlichen Polizeidienststelle. Dieser erzählte ihm, dass es in der Nachbarschaft zu einem Überfall gekommen sei. Ein Täter sei festgenommen worden und habe ausgesagt, dass sein noch flüchtiger Mittäter eine Liste mit den Bankdaten sowie Namen und Anschriften weiterer Senioren habe, die man ausnehmen wolle. Auf dieser Liste sei auch der Angerufene verzeichnet.

Der Polizeibeamte habe Rücksprache mit einem Mitarbeiter der örtlichen Bank gehalten, der nunmehr meine, dass das Geld der betroffenen Rentner bei der Bank nicht mehr sicher sei. Dem Angerufenen wurde daher empfohlen, das Geld von seinem Konto abzuheben und mit nach Hause zu nehmen. Am nächsten Tag sollte es von der Polizei vorübergehend in Verwahrung genommen werden, damit der noch flüchtige Mittäter keine Beute machen könne.

In Sorge um seine Ersparnisse hob der Rentner 20.000 Euro von seinem Konto ab, um sie am nächsten Tag dem angeblichen Polizeibeamten zu übergeben. Glücklicherweise berichtete er seinem Sohn von dem Anruf. Der informierte Sohn erkannte sofort die Betrugsmasche des falschen Polizeibeamten. Das Geld wurde wieder zur Bank gebracht und die Polizei verständigt.

Das ist nur eines von vielen Beispielen zu den verschiedensten Legenden, die die Täter vortragen, um an Wertsachen oder Geldwerte zu gelangen.



Gehen Sie andere Wege:
Sprechen Sie mit einem Berater Ihres Geldinstituts und informieren Sie sich über Möglichkeiten der Prävention. Vereinbaren Sie beispielsweise eine maximale Summe zur Abhebung oder lassen Sie sich über die Möglichkeiten des Geldabhebens nur in Begleitung einer weiteren Person beraten.

Ältere Menschen geraten immer wieder in den Fokus krimineller Gruppierungen. Die Täterinnen und Täter sind dabei oftmals sehr redegewandt und verstehen es, das Vertrauen ihrer Opfer zu gewinnen oder diese unter Druck zu setzen. Dabei setzen sie verschiedene Begehungsweisen an, die in

vielen Fällen die Gutgläubigkeit oder das Vertrauen von Seniorinnen und Senioren in staatliche Institutionen ausnutzen. Dieses manipulative Einwirken auf die lebensälteren Opfer führt neben dem materiellen Schaden nicht selten zu erheblichen psychischen Belastungen. Ein „Modus Operandi“ besteht darin, sich als Polizeibeamte auszugeben.

Die Vorgehensweise der Täterinnen und Täter beginnt in diesen Fällen mit einem Anruf bei einer lebensälteren Person. Häufig erfolgen diese Anrufe aus Callcentern mit Standort in der Türkei. Zudem nutzen die Täterinnen und Täter in der Regel das sogenannte Call-ID-Spoofing. Dies ist eine technische Methode, die es ermöglicht, eine beliebige Nummer im Display der angerufenen Person einzublenden. Im Fall der falschen Polizeibeamten kann das beispielsweise die Notrufnummer 110 oder die Nummer der örtlichen Polizeidienststelle sein, um Seriosität vorzutäuschen.

Die Anruferinnen und Anrufer, sogenannte „Keiler“, geben sich am Telefon zum Beispiel als Bedienstete der Polizei oder Staatsanwaltschaft aus und setzen die Opfer massiv unter Druck. Sowohl die Legendenbildung als auch das weitere Vorgehen passen sie dabei flexibel den örtlichen Gegebenheiten und den Reaktionen der Angerufenen an. Dabei bauen sie schrittweise Druck auf, indem sie die Opfer in eine fiktive Geschichte verwickeln und ihnen Angst einflößen, potentielle Opfer einer Verbrecherbande zu sein.

Schließlich bewegen sie die Geschädigten dazu, sich an einer vermeintlichen polizeilichen Maßnahme zu beteiligen. Teilweise halten die Täterinnen und Täter ihre Opfer über mehrere Stunden im Gespräch. Weiterführende Tathandlungen fallen in die Zuständigkeit sogenannter „Logistiker“ und „Abholer“, die das Ersparte oder Wertgegenstände bei den Geschädigten abholen, um es angeblich in polizeiliche Verwahrung zu nehmen und somit vor dem Zugriff der vermeintlichen Verbrecherbande zu sichern.

Olaf Rothardt – Teamleitung Prävention | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Polizeihauptkommissar Olaf Rothardt ist seit rund zehn Jahren verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeiinspektion (siehe Seite 16 und 17). Vorher und währenddessen bekleidete er seit 2006 unterschiedlichste Positionen im Führungsstab der Polizeiinspektion. Die Zusammenlegung beider Themengebiete erweiterte sein Aufgabenspektrum und vereinfachte weitere Prozesse, da während seiner Abwesenheit die Vertretung bisher aus dem Präventionsteam geleistet wurde und dies auch weiterhin der Fall sein wird.





Hinweise zum Verhalten bei Telefonanrufen

- Bleiben Sie misstrauisch, wenn vermeintliche Verwandte oder Bekannte am Telefon um Geld bitten. Fordern Sie die Anrufer stets auf, sich korrekt mit Namen zu nennen (nicht „Rate mal“). Fragen Sie zur Vergewisserung nach persönlichen Dingen, die nur der angebliche Angehörige/Bekannte kennen kann.
- Kommt Ihnen der Anruf verdächtig vor, legen Sie auf.
- Bei einem polizeilichen Anruf wird niemals die Rufnummer 110 angezeigt.
- Vertrauen Sie sich niemals allein der angezeigten Rufnummer und verwenden Sie nicht die Rückruftaste.

Hinweise zum Verhalten an der Haustür

- Niemals unbekannte Personen ins Haus oder die Wohnung lassen. Nutzen Sie die Gegensprechanlage oder den Türspion oder kommunizieren Sie zunächst durch die geschlossene Tür.
- Seien Sie grundsätzlich misstrauisch gegenüber Fremden, die z.B. eine nicht vereinbarte Dienstleistung anbieten, um ein Glas Wasser bitten oder Ihre Toilette benutzen möchten. Unterschreiben Sie nichts an der Haustür.
- Lassen Sie Handwerker nur dann herein, wenn Sie sie bestellt haben oder die Hausverwaltung Sie informiert hat.
- Polizeibeamte in ziviler Kleidung weisen sich stets aus und zeigen Verständnis, wenn Sie sich bei deren Dienststelle rückversichern möchten.

Mehr Infos unter:



www.bsi-fuer-buerger.de
www.internet-beschwerdestelle.de
www.polizei-beratung.de
www.irights.info
www.klicksafe.de
www.polizeifuerdich.de
www.polizeipraevention.de
www.bottfrei.de
www.bagso.de
www.sicherheitstest.bsi.de





FÜHRUNGS- UND EINSATZMITTEL

FÜHRUNGS- UND EINSATZMITTEL IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Innovativ und nachhaltig für Ihre und unsere Sicherheit

Bodycam

Seit Anfang Februar 2020 sind Körperkameras, die sogenannten Bodycams, flächendeckend in den 24-Stunden-Dienststellen der Polizeiinspektionen dauerhaft im Einsatz.



Die Beamtinnen und Beamte der Einsatz- und Streifendienste können auf insgesamt 244 Bodycams zurückgreifen.

Die Bodycams werden von den Einsatzkräften an der Uniform getragen und sollen potentielle Gewalttäterinnen und -täter von Angriffen auf Beamtinnen und Beamte abschrecken. Bei entsprechenden Übergriffen können die Kamera- und Audioaufzeichnungen auch als Beweismittel dienen. Der offene und vorher angekündigte Einsatz der Körperkameras erfolgt auch im alltäglichen Einsatzdienst, wie in Anhalte- und Kontrollsituationen.

Die Videotechnik wird ausschließlich von Einsatzkräften genutzt, die ein gut sichtbares Hinweisschild mit der Aufschrift „Video / Audio“ an ihrer Uniform tragen. Dabei setzen die Beamtinnen und Beamten auf ein hohes Maß an Transparenz bei der Verwendung der Bodycams, insbesondere in konkreten Einsatzsituationen. Zusätzlich soll der Einsatz der Bodycams unter den gleichen Gesichtspunkten den Schutz Dritter verbessern.

Außentragehülle

Das Erscheinungsbild der Polizei hat sich in den vergangenen Jahren bereits stark verändert. Die Einsatzkräfte werden sukzessive mit Außentragehüllen



ausgestattet, die neben einer Entlastung von beanspruchten Körperpartien, gerade in Kombination mit den ebenfalls „neuen“ Kleidungsstücken, eine größere Flexibilität vor allem bei warmen Temperaturen ermöglichen. Die Außentragehülle ist kompatibel mit ballistischen Schutzpaketen und enthält fünf Taschen.

Ziel ist es, bis voraussichtlich 2023 alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im operativen Dienst mit einer Außentragehülle auszurüsten.

Kraftfahrzeuge

Im Zusammenhang mit der ökologischen Neuausrichtung des Fuhrparks hat die Polizeidirektion Lüneburg in den vergangenen Jahren den Bestand an vollelektrischen und teilelektrischen (Hybrid) Fahrzeugen sukzessive erhöht. Dies betrifft sowohl die Beschaffung von Pkw als auch von Funkstreifenwagen. Der Anteil der E-Mobilität soll auch in den kommenden Jahren ausgebaut werden

Parallel zur Fuhrparkerneuerung erfolgt auch der kontinuierliche Ausbau der Ladeinfrastruktur. Im Jahr 2021 wurden auf Initiative einzelner Inspektionen weitere Ladepunkte infrastrukturell erschlossen. Weitere umfangreichere Erschließungsmaßnahmen sind für zahlreiche Standorte vorgesehen. Sie können aus dem Konjunkturpaket finanziert und voraussichtlich noch im Jahr 2022 begonnen werden. Zudem ist es im Jahr 2022 ebenfalls vorgesehen, 24 weitere mobile Wallboxen in die Fläche zu geben.





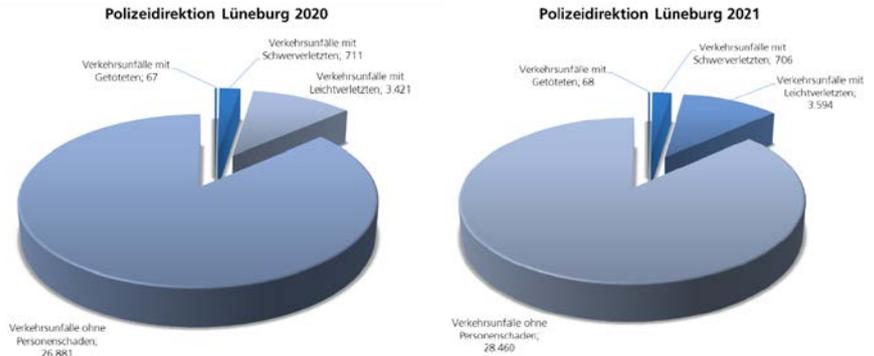
EINSATZ

VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2021 FÜR DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Der rückläufige Trend setzt sich nicht fort. VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2020/2021

Die Auswertung der Verkehrsunfallzahlen für das Jahr 2021 hat gezeigt, dass sich der rückläufige Trend aus dem Jahr 2020 nicht fortgesetzt hat. Trotz der fortdauernden pandemischen Lage sind wesentliche Kennzahlen wieder gestiegen.

Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist nach dem zehnjährigen Tiefstand im Jahr 2020 wieder um ca. 5,6% angestiegen.



Statistisch wurden 2021 insgesamt 32.828 Unfälle erfasst, im Jahr 2020 waren es 31.078.

Für das Jahr 2021 haben sich im Vergleich zum Jahr 2020 die folgenden, wesentlichen Veränderungen ergeben:

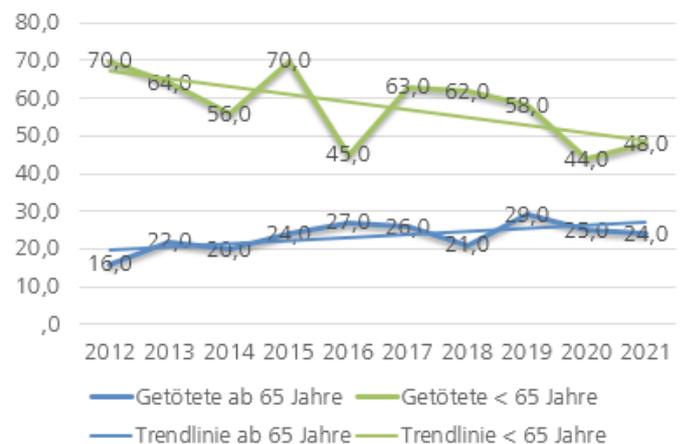
- Verkehrstote: + 4,3%
- Verkehrstote über 65 Jahre: - 4%
- Verkehrsunfälle mit schwer verletzten Personen: - 0,5%
- Baumunfälle: + 12,8%
- Verkehrsunfälle unter Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten: + 7,1%
- Fahrten unter Alkoholeinfluss (ohne Verkehrsunfälle): - 3,6%
- Fahrten unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss (ohne Verkehrsunfälle): + 35,6%
- Verkehrsunfallfluchten: + 0,5%
- Unfälle mit Fahrradfahrenden: - 0,8%

Langfristig betrachtet steigt die Zahl der Verkehrsunfälle und damit einhergehend auch die Zahl der von Unfallfolgen betroffenen Verkehrsteilnehmenden. Insbesondere die Altersgruppen der Seniorinnen und Senioren sowie der Fahranfängerinnen und Fahranfänger werden weiterhin in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit besonders berücksichtigt. Die Fachstrategie Verkehr nimmt sich auf Grundlage des Verkehrsunfalllagebilds den aktuellen sowie künftigen Umweltrends im Bereich der Mobilität an und geht hierbei flexibel auf veränderte Unfallursachen und Zielgruppen ein. So wird in 2022 der Fokus auf der Überprüfung der Verkehrstüchtigkeit der Verkehrsteilnehmenden liegen.

In absoluten Zahlen ergeben sich aus der Verkehrsunfallstatistik für das Jahr 2021:

- 72 Verkehrstote bei 68 Verkehrsunfällen, davon 24 Verkehrstote über 65 Jahre
- 706 Verkehrsunfälle mit schwer verletzten Personen
- 729 Baumunfälle
- 569 Verkehrsunfälle unter Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten
- 1.510 Fahrten unter Alkoholeinfluss (ohne Verkehrsunfälle)
- 1.797 Fahrten unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss (ohne Verkehrsunfälle)
- 6.985 Verkehrsunfallfluchten (Aufklärungsquote: 43,8%)
- 1.561 Verkehrsunfälle mit Fahrradfahrenden
- 8 tote Fahrradfahrende (davon 2 x Pedelec, 5 x Personen über 65 Jahre und 8 x ohne Fahrradhelm)

POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG 2012 BIS 2021



Trendlinien der Unfalltoten unter/ab 65 Jahre



VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2021 FÜR DIE POLIZEIINSPEKTION HEIDEKREIS

Die Pandemie und das hierdurch geringere Verkehrsaufkommen hat sich auch im Jahr 2021 auf die Verkehrsunfallstatistik für das Gebiet des Landkreises Heidekreis ausgewirkt. Trotz des Anstiegs fast aller Zahlen, blieb das Niveau gering.

Im Jahr 2021 ereigneten sich auf den Straßen des Landkreises Heidekreis insgesamt 5.070 Verkehrsunfälle (2020: 4.769), dies entspricht einem Anstieg von 6,3%.

Zehn Menschen starben auf den Straßen im Zuständigkeitsbereich der Inspektion, 2020 waren es acht Personen. Im aktuellen Jahr starben drei Menschen bei Baumunfällen, etwa ein Drittel der Toten. Baumunfälle machten im Jahr 2021 aber nur einen Anteil von 2,25% an der Gesamtzahl der Unfälle aus.

Die Zahl der schwer verletzten Personen sank um 14,9% auf 103 (2020: 121). Insgesamt 787 Personen wurden bei Verkehrsunfällen leicht verletzt. Hier war ein Anstieg von 12,3% im Vergleich zum Jahr 2020 mit 701 leicht verletzten Personen zu verzeichnen.

Parallel mit dem Anstieg der Gesamtunfallzahlen stieg auch die Zahl der Wildunfälle um 6,33% auf 1.713 (2020: 1.611). Dabei machen die Unfälle mit der Beteiligung von Wild nach wie vor gut ein Drittel der Unfälle in der Region aus.

Auf den Bundesautobahnen A 7 und A 27 im Heidekreis ereigneten sich auf einer Gesamtlänge von 90 Kilometern 1.006 Unfälle. Im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von 9,47% (2020: 919).

Im Rahmen der polizeilichen Verkehrsprävention werden zwei Gruppen besonders betrachtet, die jungen Fahrerinnen und Fahrer sowie die älteren Verkehrsteilnehmenden. Junge Menschen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren waren an 993 Verkehrsunfällen beteiligt (2020: 835), dies entspricht einem Anstieg von 18,92%. Menschen über 65 Jahren waren an 821 Verkehrsunfällen beteiligt (2020: 776). Hier gab es einen leichten Anstieg von 5,8%.

Im Jahr 2021 entfernte sich bei 937 Unfällen eine beteiligte Person unerlaubt vom Unfallort. 2020 waren es 945. Die Aufklärungsquote beim unerlaubten Entfernen vom Unfallort lag bei 42,37%.

Für das Jahr 2021 haben sich im Vergleich zum Jahr 2020 die folgenden, wesentlichen Veränderungen ergeben:

- Verkehrstote: + 25%
- schwer verletzte Personen: - 14,9%
- leicht verletzte Personen: + 12,3%
- Wildunfälle: - 6,33%
- Verkehrsunfälle auf Bundesautobahnen: + 9,47%

In absoluten Zahlen ergeben sich aus der Verkehrsunfallstatistik für das Jahr 2021:

10	Verkehrstote
103	verletzte Personen (Gesamtzahl)
787	leicht verletzte Personen
121	schwer verletzte Personen
1.713	Wildunfälle
1.006	Verkehrsunfälle auf Bundesautobahnen





POLIZEI
NIEDERSACHSEN

KLAR HALTE ICH gleich nicht mehr DIE SPUR.

#FAHRKLAR Sei ehrlich zu dir selbst.



Wer sicher ans Ziel kommen möchte, sollte ausschließen, dass Müdigkeit, Medikamente, Alkohol oder andere Drogen mitfahren. Denn sie gefährden nicht nur einen selbst, sondern auch alle anderen Verkehrsteilnehmenden.

REGIONALE KONTROLLGRUPPE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Für mehr Sicherheit auf unseren Straßen

Die Regionale Kontrollgruppe der PD Lüneburg (RKG) setzte sich im Jahr 2021 aus insgesamt 76 Mitarbeitenden der gesamten Polizeidirektion zusammen. Der RKG angegliedert sind der Kraffradkontrolltrupp (MT, 15 Mitarbeitende) sowie der Drogenkontrolltrupp (DiS, 88 Mitarbeitende).

Als Aufrufeinheit führt die RKG mehrmals im Jahr grundsätzlich auf den BAB' en Schwerpunktkontrollen durch. Die Kontrollen des Kraffradkontrolltrupps, des Drogenkontrolltrupps sowie des Kontrolltrupps für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge (Teileinheit der RKG) finden vorrangig im untergeordneten Straßennetz statt.

Im Rahmen dieser speziellen Verkehrsüberwachung führen die RKG und die angegliederten Trupps Kontrollen des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs, motorisierter Zweiräder sowie der Fahrtüchtigkeit von Fahrzeugführenden durch.

Kontrolliert werden unter anderem:

- **Vorschriften des Fahrpersonalrechts (Sozialvorschriften, Lenk- und Ruhezeiten)**
- **Technischer Zustand von Kfz**
- **Transporte von Lebewesen**
- **Großraum- und Schwertransporte (GST)**
- **Gefahrguttransporte**
- **Abfalltransporte**
- **Gewerblicher Personenverkehr**
- **Ladungssicherung**
- **Land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge (LoF)**
- **Fahrzeugführende bezüglich Beeinflussung durch berauschende Substanzen**
- **Krafträder**

Im Jahr 2021 konnten von den geplanten 27 Kontrollterminen der RKG (inkl. MT und DiS) aufgrund der Corona-Pandemie lediglich 12 Kontrollen durchgeführt werden.

Eine weitere Kontrolle fand in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg, im dortigen Zuständigkeitsbereich, statt.



Der **Kontrolltrupp für land- oder forstwirtschaftliche Fahrzeuge (LoF)** der Polizeidirektion Lüneburg besteht seit dem Jahr 2013 und hat fachspezifisch fortgebildete Mitglieder. Der LoF-Kontrolltrupp ist die einzige Einheit der Regionalen Kontrollgruppe, die ausschließlich abseits der Autobahnen tätig ist. Bei den Kontrollen werden Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart zur Verwendung für land- oder forstwirtschaftliche Zwecke bestimmt sind, sowie deren Fahrerinnen und Fahrer sowie die Ladung kontrolliert.



Der **Kontrolltrupp für Gefahrgut** ist ein spezialisierter Trupp, der Gefahrguttransporte im nationalen und internationalen Verkehr kontrolliert. Für diese Tätigkeit ist eine mehrwöchige Grundqualifikation mit abschließender Prüfung für die Kontrollkräfte erforderlich.

Im Jahr 2021 konnten Corona bedingt nur wenige Kontrollen durchgeführt werden. Hierbei ergaben sich hohe Beanstandungsquoten.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass diese Kontrollen im Sinne der Verkehrssicherheit erforderlich sind: Etwa 76 Prozent der 2021 kontrollierten Fahrzeuge wurden beanstandet, bei mehr als jedem dritten Fahrzeug musste die Weiterfahrt untersagt werden.

Bei den Kontrollen von Lebetiertransporten werden Fahrzeuge und Besatzungen speziell auf die Einhaltung der Vorschriften der EG-VO 1/2005 und der Tierschutztransportverordnung sowie der tierseuchenrechtlichen Vorschriften hin überprüft. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Veterinärämtern der Landkreise und auf EU-Ebene über das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES).

Dazu werden in der Regel pro Jahr zwei Kontrollen sowie ein Seminar „Transporte von Lebetieren“ durchgeführt. Die Kontrollen betreffen sowohl Transporte von Schlachtvieh als auch von Zuchttieren.

Bei den Kontrollen wird die Einhaltung der verkehrsrechtlichen Vorschriften sowie der fahrpersonalrechtlicher Vorschriften (Lenk- und Ruhezeiten) überprüft.

Die Beanstandungsquote lag 2021 bei rund 50 %. Hauptbeanstandungen liegen im Bereich des zulässigen Gesamtgewichtes, der zulässigen Fahrzeugabmessungen, der fehlenden Mindestbodenfläche sowie der fehlenden Rückenfreiheit. In mehreren Fällen konnten auch verletzte bzw. nicht transportfähige Tiere festgestellt werden.

Die Mitarbeitenden des **Drogenkontrolltrupps** sind zuständig für die Drogenbekämpfung im Straßenverkehr im gesamten Gebiet der PD Lüneburg.

Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Erkennung vorliegender Alkohol- und / oder Betäubungsmittelintoxikationen sowie im Erkennen von Medikamentenbeeinflussung und der Prüfung der Fahrtauglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit körperlichen Mängeln.

Die Kolleginnen und Kollegen sind bundesweit vernetzt und werden auch zu Kontrollen anderer Bundesländer entsandt.

Der **Kraftradkontrolltrupp (MT)** wird in den letzten Jahren vorrangig im Hinblick auf das Erkennen von technischen Mängeln an Krafträdern eingesetzt, vor allem an Krafträdern der Marke Harley Davidson. Diese werden zum einen vorrangig von OMCG genutzt und zum anderen am häufigsten durch illegale Umbauten, insbesondere im Bereich der Abgasanlagen, modifiziert/getunt. Der MT kann Schalldruckmessungen als Beweismittel durchführen. Hierbei festgestellte Manipulationen können zum Erlöschen der Betriebserlaubnis führen.

Der MT nimmt im Rahmen seiner Tätigkeit auch an überregionalen Kontrollen teil, so z. B. in Hamburg bei den Harley Days oder in Brandenburg beim Motorcycle Jumboree.

Der MT ist bundesweit vernetzt und nimmt bundesweit an Fortbildungen teil, u. a. mehrfach in Baden-Württemberg oder in 2021 beim bundesweiten Workshop „Überprüfung von motorisierten Zweirädern“ in Brandenburg.





POLICE-PILOT-SYSTEM (PPS)

Sie sind schnell, zuweilen sogar sehr schnell! Polizeihauptkommissar Harald Krienke und Polizeioberkommissar Ralf Fricke sind seit vielen Jahren als Team für die Polizei im Heidekreis in einem schnellen Auto unterwegs. Beide sind Angehörige der Verfügungseinheit mit Sitz in Bad Fallingbostal und machen gemeinsam in ihrem zivilen Streifenwagen Jagd auf Verkehrssünder. Ihre Aufgabe ist unter anderem die spezialisierte Verkehrsüberwachung für Straftaten und Ordnungswidrigkeiten. Ihr Einsatzort: meistens die Autobahn 7. Ziel ihrer Arbeit sind Raser und Drängler.

Der heimliche Star ist allerdings keiner der beiden Beamten, sondern das Fahrzeug: ein BMW mit mehr als 250 PS. Sehr leistungsstark, aber nicht übermotorisiert. Beide – und da sind sie sich einig – wollen nicht um jeden Preis den Verkehrsrowdy fassen. Da hilft es manchmal auch, nicht noch mehr PS unter der Haube zu haben.

Das Fahrzeug wird regelmäßig geeicht. Das im Fahrzeug verbaut System misst nicht die Geschwindigkeit des verfolgten Fahrzeugs, sondern die eigene. Das heißt, die Geschwindigkeit, die angezeigt wird, bringt es auch tatsächlich auf die

Straße. Es ist ausgerüstet mit dem System „Provida Modular 2000“, einer Kamera vorn und einer weiteren hinten. Der Vorteil gegenüber einer stationären Überwachung liegt auf der Hand: Die direkte Konfrontation der/des Verursachenden mit dem Verstoß. Die betroffene Person wird angehalten, bekommt die Möglichkeit die Aufzeichnung anzusehen und kann sich noch vor Ort dazu äußern.

Auch im zweiten Corona-Jahr wurde schnell gefahren. Die Anzahl der Verstöße ging allerdings merklich zurück, was unter anderem den Ausflüssen der Pandemie, dem Rückbau der Baustellen im hiesigen Bereich, aber auch der Verschärfung des Bußgeldkatalogs zuzuschreiben ist.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit haben die beiden Spezialisten viele Ausreden gehört, Tränen fließen sehen und so manchem verantwortungslosen Raser auch in den Jahre 2020 / 2021 den Führerschein für eine lange Zeit abgenommen.

In einem Fall verfolgte das Team ein Motorrad, besetzt mit Fahrer und Beifahrerin, das mit 228 Stundenkilometer über den Seitenstreifen der Autobahn raste und andere Verkehrsteilnehmende rechts überholte.



In Erinnerung geblieben ist auch ein 500er Mercedes-Benz, der die zulässige Höchstgeschwindigkeit um 104 Stundenkilometer überschritt, bei Signalgebung abbremste und folgte, dann aber beschleunigte und mit 250 Stundenkilometer in Richtung Hannover flüchtete. Das Fahrzeug verunfallte in einer Baustelle – drei Personen wurden festgenommen.

Krienke und Fricke sind erfahren, kennen sich seit Jahren, vertrauen einander und haben aus diesem Grund keine Angst, wenn es schnell über die Straße geht. Außerdem werden sie regelmäßig beschult. Jedes Jahr geht es auf den Nürburgring zum Fahrtraining. Na dann, gute Fahrt!

Bildschirmfoto aus dem Fahrzeug



Harald Krienke, Messbeamter
60 Jahre alt
Polizeihauptkommissar
PPS seit 1989

Ralf Fricke, Fahrer
58 Jahre alt
Polizeioberkommissar
PPS seit 2012

... für die Verkehrssicherheit

900 Stunden auf der Straße
mehr als 250 PS
1 Fahrverbot je Einsatztag
3.0 Liter Motor
40.000 Kilometer pro Jahr





DER FERNFAHRERSTAMMTISCH DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

„Für Ihre Sicherheit – mit uns im Gespräch“

Unter diesem Motto stehen die so genannten Fernfahrerstammtische, die in mittlerweile vielen Bundesländern an über 20 Standorten durchgeführt werden. Im November 2002 wurde der erste Fernfahrerstammtisch, damals noch auf der Rastanlage Hollenstedt an der Autobahn A 1 in Richtung Bremen, durchgeführt. Zuvor waren bereits in Nordrhein-Westfalen und Bayern Fernfahrerstammtische durch die örtliche Autobahnpolizei ins Leben gerufen worden. Durch die Fernfahrerstammtische sollte das Verhältnis zwischen Polizei, anderen Kontrollbehörden und den Lkw-Fahrerinnen und Fahrern bzw. den Unternehmerinnen und Unternehmern verbessert werden.

Die Gründe für die Einrichtung des Fernfahrerstammtisches waren und sind bis heute:

- Das Gespräch mit den Lkw-Fahrerinnen und Fahrern, die eine ganz wichtige und wesentliche Gruppe unter den Verkehrsteilnehmenden darstellen, suchen.
- Vorbehalte und Ängste gegenüber der Polizei abbauen.
- Unternehmerinnen und Unternehmer und Verbände mit ins Boot holen, um sicherheitsrelevante Themen zu besprechen und zu kommunizieren.
- Den Fahrerinnen und Fahrern die Möglichkeit bieten, konstruktive Kritik an der Polizei und anderen Kontrollbehörden zu üben.



An dem Fernfahrerstammtisch der Polizeidirektion Lüneburg nehmen unter anderem teil:

- Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen
- DEKRA
- Bundesamt für Güterverkehr
- Fahrschulen aus der Region
- Verkehrswacht Harburg Land e.V.
- verschiedene Fahrzeughersteller
- Führerscheinstellen der Landkreise u.v.m.



Für die Polizeiinspektion Harburg ist Polizeioberkommissarin Andrea Möller (Autobahnpolizeikommissariat Winsen (Luhe)) als Moderatorin für die Stammtische mitverantwortlich.

Das Team der Moderatorinnen und Moderatoren ist unter fernfahrerstammtisch@pd-lg.polizei.niedersachsen.de erreichbar.

Weitere Informationen zu den Fernfahrerstammtischen in Deutschland gibt es auch unter der Internetseite www.fernfahrerstammtisch.de



Die einzelnen Fernfahrerstammtische behandeln immer ein Thema, zu welchem bei Bedarf Referenten eingeladen werden. Dies können „Dauerbrenner“ sein, wie etwa Ladungsicherung auf Straßenfahrzeugen oder technische Mängel an Schwerverkehrsfahrzeugen. Aber auch aktuelle Themen, wie Änderungen im Führerscheinrecht, werden angesprochen. Im Anschluss an das jeweilige Thema stehen die Moderatorinnen und Moderatoren der Polizei für Fragen und Kritik zur Verfügung.

Der Fernfahrerstammtisch der Polizeidirektion Lüneburg findet jeden 1. Mittwoch im Monat an der A 1, auf der Raststätte Ostetal Süd, statt. Ab 18:30 Uhr haben dann die Fahrerinnen und Fahrer die Möglichkeit mit den Stammtischmoderatorinnen und -moderatoren ins Gespräch zu kommen. Zu den Stammtischen finden sich, je nach Thema, bis

zu 40 Gäste ein. Der Stammtisch der PD Lüneburg genießt über die Region hinaus hohes Ansehen bei Fahrerinnen und Fahrern, Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Disponentinnen und Disponenten.

Einmal im Jahr veranstalten die Moderatorinnen und Moderatoren des Stammtisches einen sogenannten Verkehrssicherheitstag auf der Raststätte. Dort haben die Gäste die Möglichkeit, sich an verschiedenen Infoständen über interessante Themen aus der Logistikbranche zu informieren.

Ebenfalls zum festen Programm des Stammtisches gehört die alljährliche Weihnachtsaktion. Dabei werden die Lkw-Fahrerinnen und Fahrer, die es zu den Feiertagen nicht nach Hause geschafft haben, mit einem kleinen Weihnachtspräsent überrascht.



KOOPERATIVE LEITSTELLE LÜNEBURG

Sie wählen den Notruf 110 ... und landen hier!

Die Einsatzleitstelle der Polizeidirektion Lüneburg ist als Teil der Kooperativen Leitstelle Lüneburg (KLL) zusammen mit der Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle (FEL) des Landkreises Lüneburg seit dem 24.08.2015 in Betrieb.

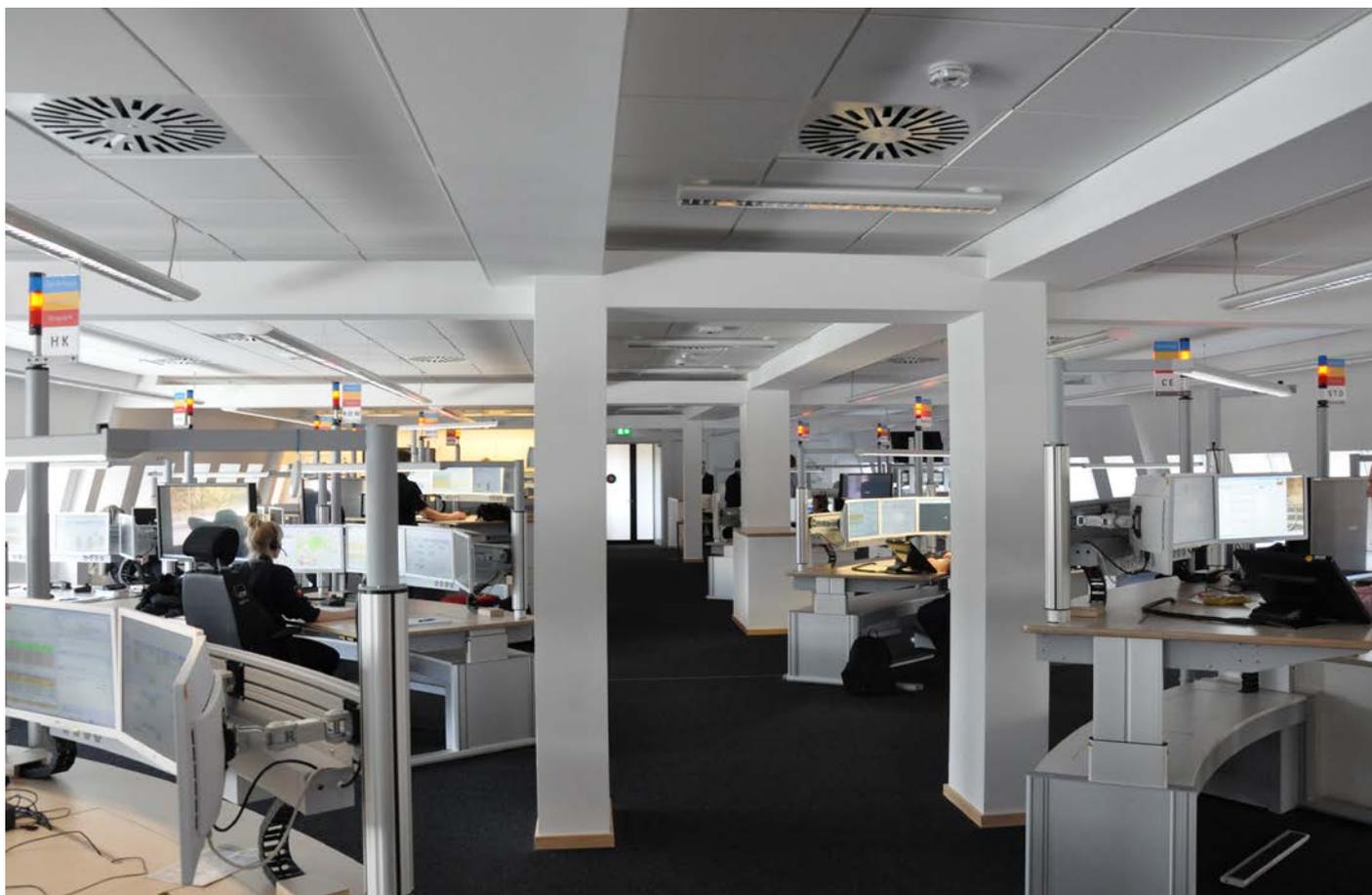
Zum Zuständigkeitsbereich der Einsatzleitstelle der Polizeidirektion gehören die folgenden sechs Polizeiinspektionen, die das Gebiet von insgesamt acht Landkreisen abdecken:

- PI Celle
- PI Harburg
- PI Heidekreis
- PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
- PI Rotenburg
- PI Stade

In der Einsatzleitstelle der Polizeidirektion sind ca. 100 Mitarbeitende tätig. Sie stellen an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr den Betrieb sicher. Auf diese Weise gewährleisten sie das Notruf- und Einsatzmanagement für ca. 1,28 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner.



Im Jahr 2021 sind über den Notruf 110 insgesamt 198.142 Anrufe eingegangen und damit geringfügig mehr als im Jahr davor (2020: 198.115).



Sie rufen an – das passiert bei uns!

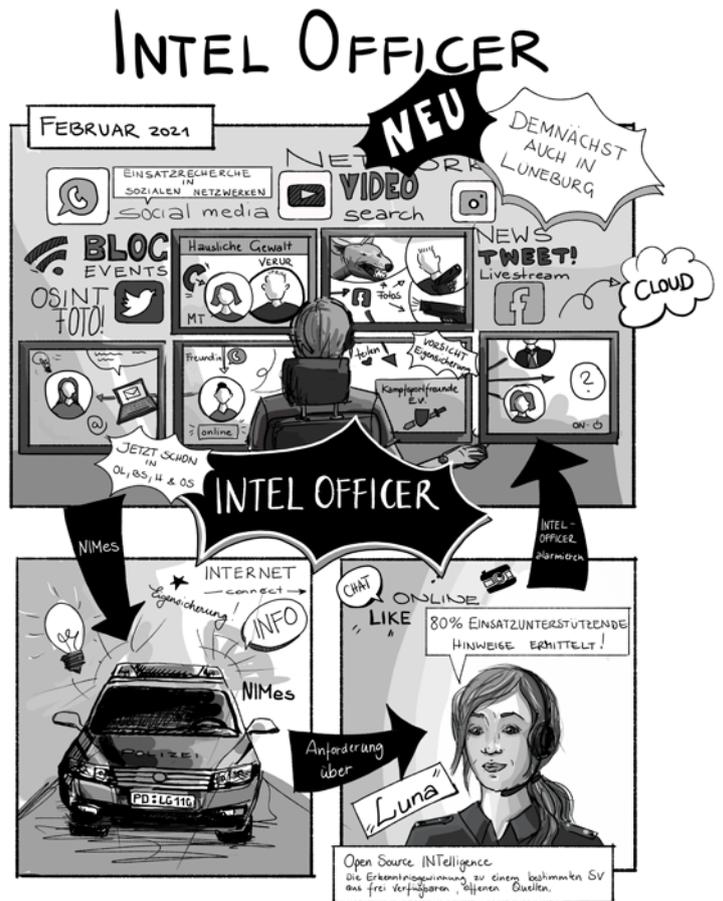
Nach der Notruferfassung stellen die Mitarbeitenden der Einsatzleitstelle schnellstmöglich sicher, dass der Anruferin oder dem Anrufer die notwendige Hilfe erhält.

Wählt jemand aus einem der Landkreise im Zuständigkeitsbereich die 110, nimmt eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter den Notruf entgegen. Anschließend werden alle notwendigen Informationen erfragt, um die Lage vor Ort und den (polizeilichen) Handlungsbedarf einzuschätzen. Jeder Notruf wird dokumentiert und aufgezeichnet.

Wird nach Bewertung des Sachverhalts ein polizeilicher Handlungsbedarf erkannt, werden die erfassten Informationen an die Einsatzdisposition übergeben. Einsatzdisponentinnen und – disponenten sind ebenfalls Polizeibeamte, die die Koordinierung der weiteren Abläufe übernehmen.

Per Funk werden Polizeidienststellen und / oder Funkstreifenwagen verständigt und über den Einsatz informiert. Je nach Einsatzanlass kann eine fortlaufende Informationsweitergabe oder eine weiterführende Einsatzkoordination der eingesetzten Fahrzeuge erforderlich werden. Bei Bedarf fordert die Leitstelle weitere polizeiliche Kräfte an, wie z.B. Diensthunde, Polizeihubschrauber oder Spezialeinheiten. Sollte sich während des Einsatzablaufs die Notwendigkeit zur Verständigung von Feuerwehr oder Rettungsdienst ergeben, wird die örtliche zuständige kommunale Leitstelle angesprochen.

Unterstützend werden der sogenannte Intel Officer und der Einsatzbegleitende Service tätig. Die Mitarbeitenden dieser beiden Bereiche suchen in polizeilichen Auskunftssystemen, im Internet und den sozialen Medien nach relevanten



Einsatzinformationen und dokumentieren die Ergebnisse im Einsatzleitsystem.

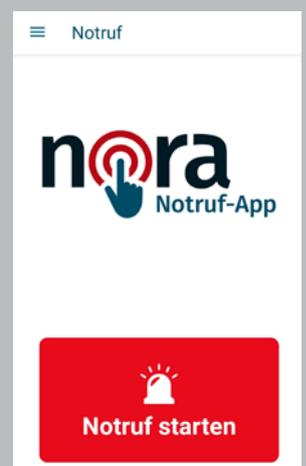
Hauptverantwortlich für alle internen Abläufe der Einsatzleitstelle ist die die Einsatzführerin / der Einsatzführer und für die externen Abläufe die Leitende Beamtin / der Leitende Beamte vom Dienst.

Notruf-App NORA

Notrufeinrichtungen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sind mittlerweile nicht nur telefonisch, sondern auch per App erreichbar.

Die Notruf-App NORA lässt sich kostenlos über den jeweiligen App-Store auf das Smartphone laden. In der App müssen Name und Telefonnummer des Nutzers hinterlegt werden. Im Notfall kann über die App der Notfall-Ort angegeben, die Art des Notfalls aus einem Menü ausgewählt und der Notruf abgesandt werden. Anschließend wird über ein Chat-Fenster die Verbindung mit der zuständigen Leitstelle hergestellt. Die hilfeschende Person kann sich dann mit Mitarbeitenden der Leitstelle verständigen.

Weitere Informationen zur Notruf-App Nora finden Sie unter:
<https://www.nora-notruf.de/de-as/startseite>



GEWALT GEGEN POLIZEIVOLLZUGS-BEAMTINNEN UND -BEAMTE (PVB)

Jeden zweiten Tag wird eine Polizistin oder ein Polizist im Dienst verletzt.

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten umfasst alle Formen von verbaler Gewalt bis hin zu Körperverletzung und Tötung. Statistisch erfasst wird jedoch nur die enger gefasste Gewaltkriminalität.

Die Polizeidirektion Lüneburg hat sich mit dieser Thematik befasst, um die Rahmenbedingungen und die Betreuung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen durch geeignete Maßnahmen weiter zu verbessern. Neben der Einführung zusätzlicher Einsatzmittel, wie der Bodycam, wurden sowohl die Betreuungsmechanismen optimiert, als auch ein jährliches Lagebild erstellt.

Ein Lagebild zur Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte bietet eine geeignete Grundlage für strategische Maßnahmen zum Schutz aller Mitarbeitenden der Polizei in den Bereichen Aus- und Fortbildung, Führungs- und Einsatzmittel sowie Fürsorge.

Ein Lagebild ermöglicht zudem, alle Facetten des Phänomens Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte sowie die jeweiligen Ausgänge der Strafverfahren widerzuspiegeln.

Gewaltdelikte

Zusätzlich zum Widerstand gegen PVB werden in dem jährlich wiederkehrenden Lagebild folgende Delikte abgebildet:

- Nötigung
- Bedrohung
- Freiheitsberaubung
- Raubdelikte
- Einfache, gefährliche und schwere Körperverletzung
- Körperverletzung mit Todesfolge
- Totschlag
- Mord

Nachfolgend werden einige Bereiche des Lagebildes dargestellt.



Gedenkminute auf dem Lüneburger Marktplatz anlässlich der im Dienst getöteten Polizeivollzugsbeamtin /-beamten in Kusel.

Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte

Im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg ist es im Jahr 2021 zu 259 Widerständen gegen PVB gekommen. Dies bedeutet eine Senkung um 27 Fälle (- 9,4%) im Vergleich zum Vorjahr.

Zu den Widerstandshandlungen kam es vorrangig bei Fest- und Ingewahrsamnahmen (58 Fälle) sowie bei Identitätsfeststellungen/Sachverhaltsklärungen (47 Fälle).

Körperverletzungsdelikte / Tötungsdelikte

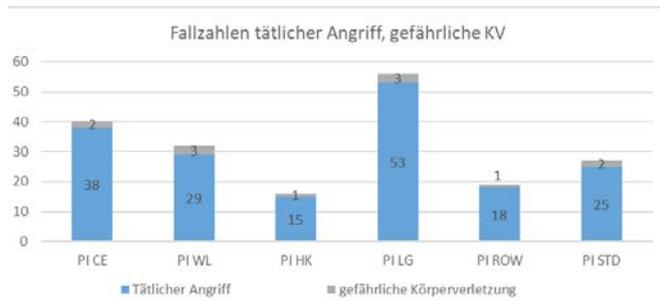
Im Jahr 2021 kam es zu 178 tätlichen Angriffen und 12 gefährlichen Körperverletzungen zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten.

Analog zu den Widerstandshandlungen kam es vorrangig zu Körperverletzungsdelikten im Rahmen von Fest- oder Ingewahrsamnahmen (42 Fälle) sowie bei der Identitätsfeststellung/Sachverhaltsklärung (40 Fälle).

Insgesamt waren 390 PVB betroffen, davon 103 Polizeibeamtinnen und 287 Polizeibeamte. Von diesen wurden 107 PVB (28 weiblich und 79 männlich) leicht verletzt.

In der Gesamtbetrachtung der Delikte Körperverletzung, gefährliche Körperverletzung, schwere Körperverletzung und dem tätlichen Angriff kam es zu einer Abnahme in diesem Deliktsbereich auf 190 Taten im Jahr 2021 (2020: 223 Taten).

Nach Inspektionen aufgeschlüsselt, ergibt sich folgende Verteilung:



Nötigung/Bedrohung

Im Jahr 2021 kam es zu 13 Nötigungen zum Nachteil von PVB. Dabei waren 16 PVB (sechs weiblich und zehn männlich) betroffen. Darüber hinaus kam es zu 67 Bedrohungen zum Nachteil von 145 PVB (38 weiblich und 107 männlich). Die Bedrohungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr erneut um 8 % zu. Im Rahmen der strafbaren Handlungen wurden zwei Beamte leicht verletzt.

Opfer

Bei den Gewaltanwendungen wurden 188 PVB leicht und eine PVB'in schwer verletzt. Gegenüber 2020 ist somit ein Rückgang um 39 verletzte PVB bzw. 17% zu verzeichnen. Die Dienstunfähigkeit infolge der Verletzungen KV der Polizeibeamtinnen und -beamten ist ebenfalls gesunken, allerdings nicht in gleichem Umfang wie der Rückgang der Verletzungszahlen. PVB aus dem Einsatz- und Streifen-dienst stellen von den Betroffenen den höchsten Anteil.

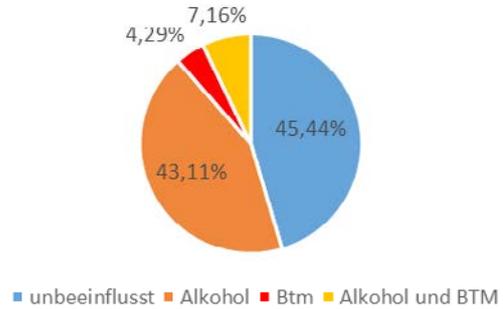
Häufige Anlässe für Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte stellen die polizeilichen Maßnahmen Identitätsfeststellung/Sachverhaltsklärung mit 105 Fällen sowie Fest- und Ingewahrsamnahmen mit 120 Fällen dar. Die Gewalttaten fanden vorrangig im privaten Umfeld der Täterinnen und Täter (Grundstück/Haus) sowie auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen statt.

Täterinnen und Täter

Im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg kam es im Jahr 2021 zu 531 Gewaltdelikten gegen PVB. Zu diesen Gewaltdelikten wurden 559 Tatverdächtige ermittelt. Diese unterteilten sich in 479 männliche und 80 weibliche Tatverdächtige.

Von den 559 Tatverdächtigen waren insgesamt 241 Tatverdächtige (216 männlich/25 weiblich) alkoholisiert, 24 TV (21 männlich/drei weiblich) standen unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln und bei 40 TV (37 männlich/drei weiblich) lag eine sogenannte Mischintoxikation vor.

Tatverdächtige unter dem Einfluss berauschender Mittel



Aus der Altersstruktur der Tatverdächtigen ergeben sich keine Besonderheiten. Bei den 592 tatverdächtigen Personen handelte es sich um 496 Erwachsene, 53 Jugendliche und 10 Kinder. In der Gruppe der 496 erwachsenen Tatverdächtigen sind Heranwachsende im Alter von 18-21 Jahren mit 61 Tatverdächtigen und die jungen Erwachsenen im Alter von 21-25 Jahren mit 77 Tatverdächtigen vertreten.

„Jeder Angriff auf eine Polizeibeamtin oder einen Polizeibeamten ist immer auch ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.“

Polizeipräsident Thomas Ring am 04.02.2022 am Rande der Gedenkveranstaltung für die beiden bei Kusel erschossenen PVB.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick darüber, in wie vielen Fällen der zuvor aufgeführten Delikte die Täterinnen und Täter eine Bewaffnung mitführten, damit drohten oder diese sogar einsetzten. Im Vergleich zum Vorjahr ist festzustellen, dass die Bewaffnung von Täterinnen und Tätern insgesamt leicht abgenommen hat. Jedoch wurden vermehrt echte Schusswaffen sowie Reizgas bei Tatbegehung mitgeführt, außerdem sind doppelt so häufig Hieb- und Stichwaffen aktiv gegen PVB eingesetzt worden.

Waffe / Gegenstand	mitgeführt	gedroht	eingesetzt
Echte Schusswaffe	4	1	0
Waffenähnlicher Gegenstand	3	1	0
Hieb /Stichwaffe	4	8	4
Reizgas	6	0	2
Wurfgegenstände	0	3	11





PROJEKT „RÄDERWERK“



„Wir wollen das Licht einschalten und staatliches Agieren in den Vordergrund stellen!“

Polizeidirektor Stefan Sengel

2019 | Am 15. März 2019 stellte die Polizeiinspektion Heidekreis gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern in Form eines Pressterrmins im großen Saal des Landkreises Heidekreis in Bad Fallingbostal öffentlichkeitswirksam das Projekt „Räderwerk“ vor.

„Räderwerk“ steht für einen in diesem Umfang niedersachsenweit einzigartigen Zusammenschluss verschiedenster Behörden und Entscheidungsträger, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, in einem ganzheitlichen Bekämpfungsansatz eng vernetzt neben der Rockerkriminalität ebenso gegen kriminelle Familienstrukturen sowie organisierte Kriminalität konsequent vorzugehen. Die Kooperationspartner sind der Meinung, diesem Phänomen, das unter anderem durch Ablehnung bestehender Normen und Gesetze sowie kriminelles Verhalten gekennzeichnet ist, offen und entschlossen bei niedriger Einschreitschwelle entgegenzutreten.

Historie

2013 | Bereits im Jahr 2013 zeichneten die Polizeiinspektion Heidekreis, der Landkreis sowie die Städte und Gemeinden eine Sicherheitspartnerschaft „Rocker“, die im Wesentlichen Aspekte der Verhinderung beziehungsweise Reduzierung von Gefahren und Straftaten durch Mitglieder von Rockergruppierungen im Heidekreis mittels vernetzter und behördenübergreifender Zusammenarbeit berücksichtigte.

2018 | Diese Partnerschaft wurde Ende November 2018 um das Thema „Clankriminalität“ erweitert.

Die lokalen Akteure mit Ordnungs-, Verwaltungs- und Sicherheitsaufgaben vereinbarten, den illegalen Aktivitäten von Rockergruppen, deren Unterstützern und Mitgliedern von kriminellen Clangruppierungen entschieden entgegenzutreten, um

- den Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der behördlichen Institutionen und wirtschaftlichen Unternehmen im Heidekreis
- die Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips und
- die Vereitelung einer Paralleljustiz zu gewährleisten.

2019 | Um noch effizienter agieren zu können, führte der Leiter der Polizeiinspektion Heidekreis, Polizeidirektor Stefan Sengel, seit Anfang 2019 Gespräche mit den Leiterinnen und Leitern anderer Behörden, da sich abzeichnete, dass ein ganzheitlicher, behördenübergreifender Ansatz notwendig ist, um diesen kriminellen Strukturen begegnen zu können.



(v.l., Leiter Finanzbehörde Jörg Zimmermann, Leiter Polizeiinspektion Heidekreis Stefan Sengel, Landrat Manfred Ostermann)

Im Bereich der Polizeiinspektion Heidekreis ergaben sich Verdachtsmomente, die das Vorliegen krimineller „Clanstrukturen“ auch im hiesigen ländlich geprägten Landkreis vermuten ließen. Dies führte zu ersten Überlegungen diese aufzuklären, regionale und / oder überregionale Vernetzungen zu untersuchen und die bisherige mediale Berichterstattung zu den Erscheinungsformen ausschließlich in den Großstädten zu hinterfragen.



„Kurios war es“, so Sengel, „dass wir eigentlich alles im Griff hatten: Die Kriminalstatistik war in Ordnung, die Aufklärungsquote mit 67,50% hoch. Aber wir spürten – über unsere eigenen Feststellungen hinaus – ein ungutes Gefühl in der Bevölkerung. Hier galt es anzusetzen, das Licht einzuschalten und staatliches Agieren in den Vordergrund zu stellen. Dabei sollte es nicht zu einem Generalverdacht gegenüber bestimmten Personen oder Gruppen kommen“.

Ziel

Allgemeines Ziel des Projektes ist es, durch einen ganzheitlich erhöhten Kontrolldruck, unter Einbindung aller Mitwirkenden, eine nachhaltige Beeinträchtigung aller kriminellen Aktivitäten zu erreichen und die Entdeckungswahrscheinlichkeit zu steigern. Dies soll durch ein konsequentes, niedrigschwelliges Einschreiten auch bei geringen Regelverstößen unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten erfolgen.

Besonderes Ziel

- keine Stigmatisierung
- Ermöglichung von Integration
- kein Generalverdacht bezüglich Personen oder Gruppen
- Reduzierung von Gefahren für die Bevölkerung (Verbesserung des Sicherheitsempfindens)
- Gewinnen anlassbezogener Erkenntnisse zum Erkennen krimineller Brennpunkte und Strukturen
- Bekämpfung von Parallelwelten (Integrationschancen verbessern)
- Intensivierung der Zusammenarbeit der Netzwerkpartner
- abgestimmtes Agieren staatlicher Organe
- Öffentlichkeitsarbeit

Räderwerk 2.0

2020 | Nach Ablauf etwa eines Jahres und rund 90 überprüften Objekten im Heidekreis wurde das Projekt – wie zur Einführung festgelegt – im Frühjahr 2020 einer Evaluation in Hinblick auf die Qualität des Netzwerkes unterzogen. Das Ergebnis war nicht überraschend: Die Einsatzform hatte sich bewährt! Öffentlichkeitswirksam stellte sie ein Symbol für die Entschlossenheit aller am Netzwerk Beteiligten dar. Der hohe Kontrolldruck zeigte im Ergebnis merkliche Auswirkungen. Es wurden kriminelle Strukturen erhellet und Vermögen eingezogen.

Außerdem konnten Sonderressourcen wie zum Beispiel Diensthunde oder Dokumentenprüferinnen/Dokumentenprüfer gewinnbringend und effektiv genutzt werden. Darüber hinaus förderte das Projekt die Zusammenarbeit der verschiedensten Bereiche miteinander und stärkte gleichzeitig den Kenntnisstand sowie das Verständnis untereinander.

Die Einsatzmaßnahmen trugen weiterhin dazu bei, dass die im Landkreis lebenden Menschen staatliche Behörden „gemeinsam vereint“ gegen Rechtsstaatlichkeit ignorierende Gruppierungen vorgehen sahen. Eine gesamte Region – also Landkreis, alle Kommune und alle Behörden – zogen an einem Strang. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung dürfte positiv beeinflusst worden sein. Unterstützt wird diese These von den in sozialen Medien zu lesenden „Endlich passiert mal etwas“-Kommentaren und den grundsätzlich positiven Äußerungen aus der Bevölkerung zum Thema „Räderwerk“ im Rahmen des allgemeinen polizeilichen Alltages oder auch in einem Bericht des NDR.

Das Netzwerk Räderwerk genießt im Landkreis Heidekreis, teilweise auch landes- und vereinzelt bundesweit, einen hohen und positiven Bekanntheitsgrad. Es wurde in der hiesigen Region ein nachweislich arbeitsfähiges Netzwerk aufgebaut, das den Partnern ein abgestimmtes und sich gegenseitig unterstützendes Vorgehen ermöglicht. Im Sinne





des ganzheitlichen Bekämpfungsansatzes sind die Netzwerkpartner arbeitsteilig in ihrem jeweiligen Aufgaben- bzw. Fachbereich tätig.

Selbstverständlich gab es auch Themen zu optimieren, um weiterhin effektiv vorgehen zu können und einen Überraschungsmoment auch in Zukunft zu gewährleisten.

Als Ergebnis der Analyse wurde „Räderwerk 2.0“ kreiert, gekennzeichnet durch kürzere, schnellere Wege, eine noch intensivere Zusammenarbeit, verbunden durch das Ziel, noch schlagkräftiger zu werden. Auf einer breiten, gemeinsamen Entscheidungsbasis werden Aktivitäten geplant und abgestimmt, um auf diesem Weg noch mehr zu differenzieren.

2021 wirkte sich natürlich auch auf den Einsatz von „Räderwerk 2.0“ aus. Aufgrund der Maßnahmen rund um das Thema „Covid 19“ lag die Zahl der Überprüfungen deutlich unter der des Vorjahres.

Wesentliche Kooperationspartner:

- Polizeiinspektion Heidekreis
- Landkreis Heidekreis
- Städte u. Gemeinden des Landkreises, sowie der gemeindefreie Bezirk Osterheide
- Hauptzollamt Hannover
- Zollfahndungsamt Hannover
- Landeskriminalamt Niedersachsen
- Bundespolizei
- Finanzamt Soltau
- Finanzamt f. Fahndung u. Strafsachen Lüneburg
- Zentrale Kriminalinspektion Lüneburg
- Zentrale Polizeidirektion Hannover
- Polizeiakademie Niedersachsen
- Polizeidirektion Lüneburg
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- Landesaufnahmebehörde (LAB)





Impressum

Herausgeber: Polizeidirektion Lüneburg
Polizeipräsident Thomas Ring
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg
Tel.: +49 (0)4131 / 8306-0
www.pd-lg.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination: Dezernat 01

Layout: Britta Ruge, buero-im-norden.de

Bildnachweis: Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheberinnen/Urhebern

- Polizeiakademie Niedersachsen
- Polizeidirektion Lüneburg
- Nachgeordnete Polizeiinspektionen
- Pixabay (www.pixabay.com)
- iStockphoto LP (Bildnachweise siehe Bilder)
- Deutsche Presse-Agentur (dpa)

freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck: Print Point Lüneburg



